

**Teilprojekt A1**

**Handelsliberalisierung und Sozialregulierung  
in transnationalen Konstellationen**



### **3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt A1**

#### **3.1.1 Titel**

Handelsliberalisierung und Sozialregulierung in transnationalen Konstellationen

#### **3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung**

Rechtswissenschaft in Kooperation mit Politikwissenschaft

#### **3.1.3 Leiter**

Prof. Dr. Josef Falke  
geb. 17.02.1949  
Zentrum für Europäische Rechtspolitik  
der Universität Bremen  
Universitätsallee, GW 1  
28359 Bremen  
Tel.: 0421/218-2244  
e-mail: jfalke@zerp.uni-bremen.de

Prof. Dr. Dr. h.c. Christian Joerges  
geb. 27.09.1943  
Zentrum für Europäische Rechtspolitik  
der Universität Bremen  
Universitätsallee, GW 1  
28359 Bremen  
Tel.: 0421/218-4049  
e-mail: cjoerges@sfb597.uni-bremen.de

Christian Joerges war seit 2007 wieder voll an der Universität Bremen tätig, seit Ende 2008 als Forschungsprofessor; diese Tätigkeit wird den Zeitraum bis 12/2014 umfassen. Josef Falke wird bis Anfang 2014 an der Universität Bremen als Professor tätig sein und dann 2014 als Forschungsprofessor weiter aktiv sein.

#### **3.1.4 Erklärung**

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen oder an menschlichem Material, keine klinischen Studien, keine Tierversuche, keine gentechnischen Untersuchungen und keine Untersuchungen an humanen embryonalen Stammzellen vorgesehen.

#### **3.1.5 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)**

Das Teilprojekt wird seit Januar 2003 im Sonderforschungsbereich gefördert.

	<b>Haushaltsjahr</b>	<b>Personalmittel</b>	<b>Sachmittel</b>	<b>Investitionsmittel</b>	<b>Gesamt</b>
Bisherige Förderung	2003	134,4	10,4		144,8
	2004	134,4	8,2		142,6
	2005	134,4	24,8		159,2
	2006	134,4	3,4		137,8
	2007	100,2	5,5		105,7
	2008	129,6	6,9		136,5
	2009	129,6	6,4		136,0
	2010	129,6	3,0		132,6
	Σ 2003-2010	<b>1.026,6</b>	<b>68,6</b>	<b>0</b>	<b>1.095,2</b>

Haushaltsjahr		Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
Beantragte Förderung	2011	109,0	7,4		116,4
	2012	147,2	4,1		151,3
	2013	147,2			147,2
	2014	147,2			147,2
	Σ 2011-2014	550,6	19,5	0	562,1
(Beträge in 1000 €)					

### 3.2 Zusammenfassung

#### Kurzfassung

Die Integration des europäischen Binnenmarktes und die Handelsliberalisierung über die Welthandelsorganisation (WTO) haben dazu geführt, dass sich neue transnationale *governance patterns* in der Sozialregulierung herausbilden konnten. In der dritten Phase sollen die Auswirkungen dieser Entwicklung auf soziale Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie abgeschätzt und die dadurch ausgelösten rechtlichen und politischen Reaktionen analysiert werden. Kollisionsrechtliche Perspektiven dienen dabei als Analyserahmen.

#### Langfassung

Im Teilprojekt A1 wird das Spannungsverhältnis zwischen Handelsliberalisierung und Sozialregulierung in transnationalen Räumen untersucht, und zwar mit Blick auf die Unterschiede zwischen der europäischen und der WTO-Ebene. In Europa gingen die Kompetenzverlagerungen von der nationalen auf die EU-Ebene mit einer Modernisierung und Effektivierung von Sozialregulierung einher. Obwohl auf der WTO-Ebene keine vergleichbaren Kompetenzen bestehen, entstehen auch hier transnationale Regime, in denen regulative Standards festgelegt werden. Gemeinsam ist beiden Ebenen, dass nicht-gouvernementale Akteure in die regulative Politik einbezogen und Netzwerke aufgebaut werden, in denen Fachbürokratien und Experten kooperieren. Beide Entwicklungen führen zu einer „Zerfaserung“ und Fragmentierung staatlicher Politik, weil Sozialregulierung nicht mehr mit anderen Politikbereichen koordiniert wird und redistributive Implikationen tendenziell vernachlässigt werden.

Diese Prozesse und die rechtlichen Strukturen, die dabei entstanden sind, wurden in den ersten beiden Phasen des Teilprojekts beschrieben und erklärt. In der *dritten Phase* sollen die Auswirkungen (*Outcomes*) auf soziale Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie die *Reaktionen* betroffener und interessierter Akteure und Institutionen darauf in vier exemplarischen Regulierungsfeldern untersucht werden: gentechnologisch veränderte Lebensmittel, Telekommunikations- und Gesundheitsdienstleistungen, anlagen- und produktbezogener Umweltschutz sowie Arbeitsstandards. Kernanliegen des Teilprojekts ist es, einen kollisionsrecht-

lichen Rahmen zu erarbeiten, mit dem sich die Auseinandersetzungen um das Verhältnis zwischen Freihandel und regulativer Politik systematisch erfassen und bewerten lassen.

<i>Ergebnisse</i>		<b>Dritte Phase (2011-2014)</b>
<b>Erste Phase (2003-2006)</b>	<b>Zweite Phase (2007-2010)</b>	
Internationalisierung der Sozialregulierung in den Bereichen Umweltschutz und Lebensmittelsicherheit durch Negativintegration (EG- bzw. WTO-rechtliche Einschränkung nationalstaatlicher Regulierungsfähigkeit) und Positivintegration (koordinierte Regulierung). <i>Zentrale Publikation:</i> Joerges & Petersmann 2006	Ausweitung der transnationalen regulativen Politik auf Dienstleistungen und Arbeitsstandards. Erklärung der festgestellten Unterschiede bei der Inter- bzw. Supranationalisierung und bei der Fähigkeit zur Sozialregulierung zwischen Politikfeldern und Governance-Ebenen. <i>Zentrale Publikationen:</i> Falke & Joerges <b>2010</b> [80] <sup>1</sup> ; Joerges & Falke <b>2010</b> [82]	Die <i>Reaktionen</i> betroffener und interessierter Akteure und Institutionen auf die Konstellation veränderter Staatlichkeit im Spannungsfeld von Freihandel und Sozialregulierung sowie die Auswirkungen ( <i>Outcomes</i> ) dieser neuen Konstellation auf die normativen Güter soziale Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Legitimation werden in vier exemplarischen Feldern untersucht: gentechnologisch veränderte Pflanzen und Lebensmittel, Telekommunikations- und Gesundheitsdienstleistungen, anlagen- und produktbezogener Umweltschutz sowie Arbeitsstandards. <i>Zentrales Abschlussvorhaben</i> (als Projektmonografie): Erarbeitung eines kollisionsrechtlichen Rahmens für Sozialregulierung in der postnationalen Konstellation; Analysen zum Schutz der normativen Güter

### 3.3 Bericht über die bisherige Entwicklung des Teilprojekts

#### 3.3.1 *Bericht*

Sozialregulierung wurde in den Anträgen für die erste und zweite Phase in Anlehnung an G. Majone (1994) als Steuerung durch Verhaltensvorgaben namentlich beim Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutz definiert und von distributiver und redistributiver Politik abgegrenzt. Dieses Verständnis ist in der einschlägigen Literatur weiterhin herrschend (vgl. z.B. Fischer 2009, 35 ff.), aber keineswegs unumstritten. Sozialregulative Politiken können danach durchaus eine konsensfähige marktschaffende Funktion haben. Diesen Konsens stellen freilich nicht bloß ungleiche ökonomische Folgen in den betroffenen Jurisdiktionen in Frage. Streitfällig kann, wie die Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) reichhaltig belegt, auch ein regulativer Paternalismus oder die Statuierung von Solidarpflichten sein. Verlässlich prognostizierbar ist dabei allerdings weder das Auftreten eines Konflikts noch sein Ausgang.

Die zweite Phase zielte auf Erklärungen der festgestellten Unterschiede sozialregulativer Praxis zwischen Politikfeldern und Governance-Ebenen und erschloss

<sup>1</sup> Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3. und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.2 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

mit den Dienstleistungen und Arbeitsstandards weitere Felder transnationaler Regulierung. Die in der ersten Phase identifizierten fördernden und hemmenden Bedingungen für die Fähigkeit, den internationalen Handel bzw. den europäischen Binnenmarkt sozialregulatorisch zu gestalten, sind in der zweiten Phase in Erklärungsmodelle integriert worden, die in der Lage sind, die kennzeichnenden Unterschiede zwischen den Handlungsebenen (national, supranational – EG, international – WTO) und zwischen einzelnen Politikfeldern (Umweltschutz, Produkt- und Lebensmittelsicherheit, Liberalisierung von Dienstleistungen, Arbeitsschutz) zu erfassen. Hierbei haben sich die distributiven Implikationen sozialregulativer Politiken und Entscheidungen als praktisch wichtige Einflussfaktoren bei der Generierung von Auseinandersetzungen erwiesen. Aufschlussreiche Anknüpfungspunkte für die Ausbildung von Normen und Verhaltensmustern sind daneben die in der Wirtschaftssoziologie beobachteten Prozesse der „Moralisierung“ und „Politisierung“ von Märkten.

*a) Zwei fokussierende Veröffentlichungen*

Am Ende der zweiten Projektphase liegt eine systematisierte Zusammenstellung von Bedingungsfaktoren, deren Einfluss auf die jeweils unterschiedliche Art der Internationalisierung und das Ausmaß der Fähigkeit zur Sozialregulierung in den durchgeführten Politikfeldstudien vor. In Verdichtung der zahlreichen Einzelergebnisse werden die Erklärungen systematisch in einer die Teilstudien resümierenden und perspektivisch auswertenden Monographie entfaltet (Falke, Joerges, Hüller & Krajewski, in Erklärungsband **2010** [80]). Unter Nutzung der noch heute wegweisenden Anstöße von Karl Polanyi (1944) zur Einbettung von Märkten wird eine wirtschaftssoziologische Vertiefung vorgenommen (Joerges & Falke **2010** [82]). Diese beiden zentralen Veröffentlichungen des Teilprojektes dienen als Ausgangspunkt für die in der dritten Untersuchungsphase beabsichtigten Analysen der Reaktionen betroffener und interessierter Akteure und Institutionen auf die Konstellation veränderter Staatlichkeit im Spannungsfeld von Freihandel und Sozialregulierung sowie deren Auswirkungen auf die normativen Güter soziale Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Legitimation.

*b) Allgemeine institutionelle Rahmenbedingungen*

Die zentrale politikfeldübergreifende Hypothese konnte bestätigt werden: Im Unterschied zur WTO stellt die EG (seit dem Inkrafttreten des Reformvertrages am 1.12. 2009 die Europäische Union (EU)) für Sozialregulierung einen durchsetzungsfähigen Rahmen zur Verfügung, da sowohl die rasche Anpassbarkeit von EG-Recht aufgrund geeigneterer Entscheidungsregeln und institutioneller Rahmenbedingungen als auch die bestehenden institutionellen Möglichkeiten zur Verknüpfung verschiedener Policies in der EG höher entwickelt sind als auf der Ebene der WTO (Falke, Produkt- und Lebensmittelstandards, in Erklärungsband **2010** [80]; Hüller &

Deters **2010** [78]). Diese Rahmenbedingungen begünstigen die Etablierung von wissensorientierten Entscheidungsgremien und -verfahren und stützen deren Autorität (zu Konsultationen Hüller **2010** [8], **2008a** [4], **2008b** [31]; zu Politik und Wissen Maier & Wiesner **2007** [70]). Rechtlich verbindliche Vorgaben bewirken darüber hinaus, dass distributive Implikationen der Sozialregulierung in den Entscheidungsverfahren nicht berücksichtigt werden dürfen. Demgegenüber sind auf WTO-Ebene verbindliche Vorgaben schwerer zu erreichen und durchzusetzen (Herwig **2010** [81], Kap. 2). Der geringere Verrechtlichungsgrad bedeutet indes nicht etwa, dass die WTO und andere einschlägig tätige internationale Organisationen einflusslos blieben (Abbott & Snidal 2009). Das WTO-Recht bestimmt lediglich, dass Standards, die dem Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS-Abkommen) entsprechen, als WTO-konform gelten, während das Übereinkommen über technische Handelshemmnisse (TBT-Abkommen) internationalen Standards, ohne diese institutionell abzugrenzen, grundsätzlich Marktzugangsberechtigungen zuschreibt. Das General Agreement on Trade in Services (GATS) hingegen ist auf den Abbau der Regulierung von Dienstleistungen ausgerichtet (Krajewski **2010a** [37]).

Es bleiben allerdings politikfeldspezifische Besonderheiten (Erklärungsband **2010** [80] und unten d)) sowie die Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten der EG durch die übernommenen welthandelsrechtlichen Verpflichtungen zu berücksichtigen.

### *c) Die Eigendynamik von Märkten*

Märkte benötigen institutionelle Rahmenbedingungen. Diese aus der Entwicklung des europäischen Binnenmarktes bekannte Erfahrung und Einsicht bestätigt sich auf internationaler Ebene. Karl Polanyi (1944), der als ein Begründer der Wirtschaftssoziologie gilt, hat dies in der Formel von der Wirtschaft als „instituted process“ zusammengefasst (Polanyi 2001). Diese formell-informelle Doppelstruktur macht begreifbar, wie im Zuge der Schaffung von Märkten Regulierungen und Sozialregulierung im Besonderen entstehen, die Vertrauen stärken, Informationsasymmetrien abschwächen sowie auf eine Internalisierung externer Kosten und nachhaltige Entwicklungen hinwirken sollen.

Diese auch als „Moralisierung und Politisierung“ von Märkten beschriebene Dynamik (Stehr 2007) führt aber keineswegs zu Politikfelder übergreifenden uniformen und stabilen Festlegungen. Die genannten Aufgaben lassen sich wegen der größeren Heterogenität der Marktteilnehmer für den internationalen Handel nicht auf dem gleichen Anspruchsniveau lösen wie für den europäischen Binnenmarkt. Generell ist die Fähigkeit zur sozialregulatorischen Einbettung von Märkten im internationalen Kontext der WTO geringer ausgeprägt als in der supranational verfassten EG; das immer „holistischer“ gewordene Europarecht ist dem außerordentlich fragmentierten Völkerrecht (siehe vor allem Koskeniemi 2006, 2007; vgl.

auch Fischer-Lescano & Teubner 2006 und 2008 sowie die kritischen Analysen von Benvenisti & Downs 2007 und Bast 2009) und seinen mit spezialisierten internationalen Organisationen verknüpften „Regulierungsinself“ in dieser Hinsicht überlegen. Das schließt sozialregulative Ansätze auf internationaler Ebene nicht aus. Allerdings haben die Analysen der einzelnen Politikfelder gezeigt, dass Umfang und Tiefe von marktschaffender Handelsliberalisierung und sozialregulativer Einbettung auch innerhalb der EG- und WTO-Ebene divergieren können (exemplarisch für den Dienstleistungssektor Batura & Krajewski, in Erklärungsband **2010** [80]).

#### d) Erklärungen

Erklärungen der in den analysierten Politikfeldern und zwischen den Governance-Ebenen (EG und WTO) festgestellten Unterschiede (ihre differenzierte „interne Zerfaserung“) müssen demgemäß auf ein komplexes Gefüge von Institutionen, Interessen und Ideen rekurren. Mit den von uns im Anschluss an die Programmatik der zweiten Phase des Sfb genutzten Erklärungsfaktoren sollen deshalb keine streng kausalanalytischen eindimensionalen Zusammenhänge suggeriert werden. Vielmehr geht es darum, die für die jeweiligen Politikfelder und Governance-Ebenen relevanten Faktoren und spezifischen Bedingungen herauszuarbeiten.

aa) *Institutionen*<sup>2</sup>: Sie haben für die Erklärung politikfeld- und ebenenspezifischer Unterschiede in der Fähigkeit zur Sozialregulierung große Bedeutung. Relevant sind zunächst die Kompetenzen der verschiedenen Organe. Die Rechtsprechung des EuGH und die Regulierungsmöglichkeiten der Europäischen Kommission sind wichtige Faktoren, die die Liberalisierung in den Bereichen Telekommunikation und Gesundheitsdienstleistungen (Patientenmobilität) erklären (Batura & Krajewski, in Erklärungsband **2010** [80] und Krajewski **2010c** [39], **2010e** [69]). In der von ihren Mitgliedern dominierten WTO fehlt es dagegen an Organen, die vergleichbar vorgehen können. Hier ist für regulative Ansätze der Konsens der Mitglieder erforderlich.

*Entscheidungsregeln* beeinflussen das Niveau der Sozialregulierung, tragen aber auch zu ihrer Fragmentierung (Zerfaserung) bei. So erleichtert die qualifizierte Mehrheitsregel im Vergleich zum Einstimmigkeitserfordernis grundsätzlich das Zustandekommen sozialregulatorischer Maßnahmen. Gleichwohl zeigt das Beispiel der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für in der EG zugelassene PKW, dass die informelle Norm, nach der bei intensiven Konflikten im Rat Entscheidungen von einem Konsens getragen werden sollen, es einzelnen Mitgliedstaaten ermöglicht, die Verabschiedung

---

<sup>2</sup> Institutionen werden hier in einem weiten Sinn verstanden als relativ dauerhafte, symbolische und nichtsymbolische soziale Gebilde wie Organisationen und Verhaltensnormen; sie schließen demnach auch Verfahren ein, die von Juristen üblicherweise einer eigenen Kategorie zugeordnet werden. Im Interesse der rechtswissenschaftlichen Anschlussfähigkeit unserer Analysen zählen wir sogar konzeptionelle Vorstellungen über den „Sinn“ von Institutionen, die deren Politik orientieren, hierzu.



ambitionierter Schutzstandards zu vereiteln (Deters 2010 [88] und in Erklärungsband 2010 [80]).

Bedeutsame *Regelungsvorbehalte* sind die im EG- und vor allem im WTO-Recht verankerten rechtlichen Möglichkeiten, den Handel mit Waren und Dienstleistungen im Interesse der Wahrung nationalstaatlicher Sozialregulierungsziele zu beschränken. Solche Beschränkungen sind bei den meisten Produktstandards zulässig, bei den meisten Prozessstandards anderer Jurisdiktionen nach bislang herrschender Meinung nicht. Dies beeinflusst, ob sich in den intergouvernementalen Verhandlungen eher die Regierungen, die eine umfassendere Sozialregulierung wünschen, behaupten oder aber diejenigen, die ein schwächer reguliertes Handelsregime bevorzugen (für die WTO Conrad 2010 [79]; Godt 2006; aktuell Scharpf 2009). Die Untersuchung der CO<sub>2</sub>-Normsetzung für PKW zeigt indessen, dass es nicht nur auf rechtliche, sondern auch auf faktische Restriktionen ankommt (Deters 2010 [88] und in Erklärungsband 2010 [80]).

*Soft law* ist tendenziell einigungsfreundlich, aber durchsetzungsfeindlich – erneut sei auf den Werdegang der CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für PKW verwiesen. Substantielle Vorgaben erlauben eine zentrale Steuerung, prozedurale Regeln lassen eine größere Varianz an Lösungen zu. Instrumente des *soft law* und marktformige Anreize erlauben Unternehmen und Akteuren der Zivilgesellschaft, auch dort anspruchsvolle Sozialstandards zu entwickeln und einzusetzen, wo eine Einigung zwischen staatlichen Akteuren bzw. im Rahmen internationaler Regelungen (noch) nicht möglich ist. Zu nennen sind hier die *codes of conduct* multinationaler Unternehmen, die Regeln des Global Compact der Vereinten Nationen (UN) und vielfältige Varianten der *corporate social responsibility* (Falke 2008c [43] sowie Falke, O'Brien und Amstutz, in: Joerges & Falke 2010 [82]). Der Umgang mit „non-trade issues“ hängt wesentlich davon ab, ob geeignete Institutionen und Verfahren zur Regelsetzung und beständigen Regelverfeinerung zur Verfügung stehen. Anders als auf der Ebene der WTO (vgl. aber zum Ausnahmefall des SPS-Ausschusses Maier 2007 [22]) ist dies in der EG in hohem Ausmaß der Fall: Die Europäische Kommission stimmt die Wahrnehmung ihrer Durchführungsbefugnisse in zahllosen Ausschüssen mit den Mitgliedstaaten ab (Komitologie), Gemeinschaftsagenturen nehmen komplexe Informations-, Beratungs- und Kooperationsaufgaben wahr; in vielen Politikbereichen hat sich eine „Verbundverwaltung“ zwischen Mitgliedstaaten und Gemeinschaft (siehe u.a. Ruffert 2007a) etabliert. Demgegenüber operiert das Welt handelsrecht einerseits mit dem „Import“ bestimmter externer Regelwerke internationaler Organisationen, andererseits mit der Freiheit der Mitglieder, zur Wahrung wichtiger öffentlicher Belange handelsbeschränkende Maßnahmen zu treffen bzw. im Dienstleistungshandel über das Ausmaß der Liberalisierung zu entscheiden.

*bb) Sozio-ökonomische Bedingungen und Interessen:* Die Interessenlage der Mitgliedstaaten der EU ist nach wie vor ungleich homogener als die der WTO-Mitglieder (Joerges & Kjaer 2008 [40]). Indessen sind nach der Osterweiterung auch in der EU, wie nicht zuletzt die umstrittenen Urteile des EuGH in den Fällen Viking, Laval und Rüffert zeigen (Joerges & Rödl 2008a [7], 2008b [33], 2008c [74]), die Interessen heterogener und die Verteilungskonflikte schärfer geworden. Dabei sind Sektoren, die sich durch eine hohe technische Innovation und Konvergenz auszeichnen (Telekommunikation), augenscheinlich weniger konfliktanfällig. Hier gelingt ein vergleichsweise hohes Maß an Sozialregulierung auf europäischer Ebene (Batura & Krajewski, in Erklärungsband 2010 [80]). Eine besonders intensive Verschränkung **normativ-evaluativer Problemdimensionen mit** ökonomischen Interessenlagen zeigt sich in etlichen transatlantischen Konflikten über unterschiedliche Konzepte der Sozialregulierung; zu nennen sind hier die Streitfälle über Rückstände von Wachstumshormonen im Rindfleisch und über Vorsorgemaßnahmen gegenüber gentechnisch veränderten Organismen in Lebens- und Futtermitteln (Herwig 2010 [81], 2008a [2], 2006; Conrad 2007 [1], 2008 [42]; Joerges 2009b [14], 2009e [56]). Aber auch innerhalb der EG/EU sind diese Konfliktmuster beobachtbar.

Im Dienstleistungshandel hat die Privatisierung ehemaliger staatlicher Monopole die Entstehung marktbeherrschender Unternehmen begünstigt, die einerseits ein eigenes Interesse an Marktzugang im Ausland, andererseits an einer starken Sozialregulierung im Inland entwickelt haben. Diese für den Telekommunikationsbereich und andere ehemalige Leistungen der Daseinsvorsorge bekannte Entwicklung (Krajewski 2010c [39]) könnte sich auch im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen fortsetzen.

*cc) Ideen:* In *Regelungskonzepten* und *-philosophien* bzw. *ideational politics* kommen Interessenlagen, politische Prioritäten, aber auch die immanente Moralisierung und Politisierung der Märkte zur Geltung. Transnationale Kooperationsverbände, insbesondere die Kooperation staatlicher Stellen mit internationalen Organisationen, die über einschlägiges Expertenwissen verfügen, sind vor allem in der Lebensmittelsicherheits- und Umweltpolitik bedeutsam; sie können die Herausbildung international geteilter Problemwahrnehmungen fördern, so zur Konfliktminderung beitragen und letztendlich eine transnationale „Positivintegration“ erleichtern (Deters 2010 [88] und in Erklärungsband 2010 [80]). Aufschlussreich ist insoweit auch die Propagierung des Handels mit Dienstleistungen in den konzertierten Bemühungen von Unternehmen, Thinktanks und Verwaltungsbeamten vor und während der Uruguay-Runde in den 1980er Jahren (Batura & Krajewski, in Erklärungsband 2010 [80]). Auch für den Handel mit Gesundheitsdienstleistungen war die Rekonstruktion sozialer Tätigkeiten (Gesundheits- und Krankenpflege) als handelbares Produkt eine zentrale Voraussetzung (Krajewski, in Joerges & Falke 2010 [82]).

*e) Selbsttransformationsthese*

In unseren Analysen der Veränderung von Regelungsstrukturen und -konzepten sind wir allenthalben auf aktive und reflexive Formen staatlicher Einflussnahme gestoßen, in denen die These von der Selbsttransformation des Staates (Genschel & Zangl 2008) sich bestätigt. Die Nationalstaaten jedenfalls der OECD-Welt bestimmen beispielsweise Ausmaß und Tempo der Liberalisierung des Welthandels und der Ergänzung des bestehenden welthandelsrechtlichen Regelungswerks durch Verhandlungen in Welthandelsrunden, die nur im gegenseitigen Konsens erfolgreich abgeschlossen werden können. Sie haben die Schlüsselstellung bei der Initiierung, Durchführung und Überwachung des WTO-Rechts. Für die EU ist die juristische Qualifikation der Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ in politikwissenschaftlicher Hinsicht allerdings zu euphemistisch. Die Mitgliedstaaten haben Richtung, Tempo und Vertiefung der europäischen Integration in ihren verschiedenen Stadien auf den Weg gebracht, können die Dynamik des Integrationsprozess aber nicht mehr beherrschen.

*f) Bedarf für eine konzeptionelle rechtliche Rahmung*

Die analysierten Unterschiede der Fähigkeit zur Sozialregulierung in der postnationalen Konstellation in Bezug auf die Governance-Ebenen (national, supranational und international), *governance patterns* und die untersuchten Politikfelder (Lebensmittelsicherheit, Liberalisierung von Dienstleistungen, Umweltschutz und Arbeitsstandards) schlagen sich einer neuen transnationalen Konstellation der Sozialregulierung nieder. Diese in der zweiten Phase erklärte Konstellation veränderter Staatlichkeit und die zu erwartenden gegenläufigen Reaktionen betroffener und interessierter Akteure und Institutionen sowie deren Auswirkungen auf die normativen Güter soziale Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Legitimation erfordern zum Abschluss der dritten Phase als Grundlage einer normativen Bewertung die Erarbeitung eines kollisionsrechtlichen Rahmens. Dafür kann auf zahlreiche konzeptionelle Vorarbeiten zurückgegriffen werden, die vor allem Christian Joerges während der zweiten Phase geleistet hat (Joerges **2007b** [52], **2007d** [73], **2009a** [13], **2009c** [32], **2009d** [55], **2009f** [57], **2010c** [89]; Joerges, in Polanyi-Band **2010** [82]; Joerges & Rödl **2009a** [64], **2009b** [65]; Joerges, in Erklärungsband **2010** [80]; vgl. aber auch schon Joerges 2006).

Für das Teilprojekt sind aus der folgenden detaillierten Liste folgende Veröffentlichungen besonders hervorzuheben: der Erklärungsband **2010** [80], der Polanyi-Band **2010** [82], die Dissertationen von Alexia Herwig **2010** [81] und Christiane Conrad **2010** [79], die Monographie von Thorsten Hüller **2010** [8] und Joerges & Kjaer **2008** [40]. Zentrale Beiträge finden sich auch in einzelnen Aufsätzen, Buchbeiträgen oder Arbeitspapieren, nämlich Maier **2007** [22]; Conrad **2008** [42]; Herwig **2008a** [2]; Herwig & Hüller **2008b** [50]; Krajewski **2009a** [19] und **2010c** [39]; Batura **2010** [87]; Deters **2010** [88]; Jorges & Rödl **2008b** [33] sowie Falke **2009b** [46] und **2009c** [47]. Christian Joerges hat den für die dritte Phase zentralen kollisionsrechtlichen Ansatz stetig weiterentwickelt; genannt seien Joerges **2007b** [52] und **2010c** [89].

### 3.3.2 *Liste der aus dem Teilprojekt seit der letzten Antragstellung entstandenen Publikationen*

Verfasser in [eckigen Klammern] sind/waren keine Sfb-Mitarbeiter.

#### *I. Begutachtete Beiträge für*

##### *(a) Wissenschaftliche Zeitschriften*

1. Conrad, Christiane (2007) The EC-Biotech Dispute and Applicability of the SPS Agreement: Are the Panel's Findings built on shaky Ground?, in: *World Trade Review* **6**:2, 233-248
2. Herwig, Alexia (2008a) Wither Science in WTO Dispute Settlement?, in: *Leiden Journal of International Law* **21**:4, 823-846
3. Hüller, Thorsten (2007a) Assessing EU Strategies for Publicity, in: *Journal of European Public Policy* **14**:4, 563-581
4. Hüller, Thorsten (2008a) Gut beraten? Die Online-Konsultationen der EU-Kommission, in: *Zeitschrift für Politikberatung* **1**:3, 359-382
5. Joerges, Christian (2008a) Integration Through De-Legalisation, in: *European Law Review* **33**:3, 291-312 [Vorabdruck als European Governance Papers (EUROGOV) No. N-07-03]
6. Joerges, Christian (2010a) Rechtsstaat and Social Europe: How a Classical Tension Resurfaces in the European Integration Process, in: *Comparative Sociology* **9**:1, 65-85
7. Joerges, Christian & [Florian Rödl] (2008a) Informal Politics, Formalised Law and the 'Social Deficit' of European Integration: Reflections After the Judgements of the ECJ in *Viking and Laval*, in: *European Law Journal* **15**:1, 1-19

##### *(b) Monographien*

8. Hüller, Thorsten (2010) *Demokratie und Sozialregulierung in Europa. Die Online-Konsultationen der EU-Kommission*, Frankfurt a.M./New York: Campus
9. Joerges, Christian, [Erik Oddvar Eriksen] & [Florian Rödl], Hg. (2008a) *Law, Democracy and Solidarity in a Post-National Union*, London, New York: Routledge

10. Krajewski, Markus, [Johan van de Gronden] & [Ulla Neergaard], Hg. (2009) *The Changing Legal Framework for Services of General Interest in Europe Between Competition and Solidarity*, The Hague: T.M.C. Asser Press

(c) *Sammelbandbeiträge*

11. Joerges, Christian (2007a) Rethinking European Law's Supremacy: A Plea for a Supranational Conflict of Laws, in: Beate Kohler Koch & Berthold Rittberger, Hg. *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Lanham, MD: Rowman & Littlefield, 311-327
12. Joerges, Christian (2008b) Integration durch Entrechtlichung?, in: Schuppert, Gunnar Folke & Michael Zürn, Hg. *Governance in einer sich wandelnden Welt (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 41)*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 213-237 [Vorabdruck als ZERP-Diskussionspapier 1/2007]
13. Joerges, Christian (2009a) Kollisionsrecht als verfassungsrechtliche Form: Das Beispiel der Verrechtlichung des internationalen Handels durch die WTO, in: Nicole Deitelhoff & Jens Steffek, Hg. *Was bleibt vom Staat? – Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter*, Frankfurt a.M./New York: Campus, 309-331
14. Joerges, Christian (2009b) Sound Science in the European Union and Global Market: Karl Polanyi in Geneva?, in: Ellen Vos & Michelle Everson, Hg. *Uncertain Risks Regulated*, Oxford/New York: Routledge-Cavendish, 415-426
15. Joerges, Christian, [Erik Oddvar Eriksen] & [Florian Rödl] (2008b) Introduction: Europe's Unsettled Political Order, in: Christian Joerges, Erik Oddvar Eriksen & Florian Rödl, Hg. *Law, Democracy and Solidarity in a Post-National Union*, London/New York: Routledge, 1-19
16. Joerges, Christian & [Michelle Everson] (2008) Consumer Citizenship in Postnational Constellations?, in: Kate Soper & Frank Trentmann, Hg. *Citizenship and Consumption*, New York: Palgrave Macmillan, 154-171
17. Krajewski, Markus (2008a) Of Modes and Sectors – External Relations, Internal Debates, and the Special Case of (Trade in) Services, in: Marise Cremona, Hg. *Developments in EU External Relations Law*, Oxford: Oxford University Press, 172-215
18. Krajewski, Markus (2008b) Recognition, Standardisation and Harmonisation: Which Rules for GATS in Times of Crisis?, in: Marion Panizzon, Nicole Pohl & Pierre Sauvé, Hg. *GATS and the Regulation of International Trade in Services*, Cambridge: Cambridge University Press, 407-433
19. Krajewski, Markus (2009a) Protecting a Shared Value of the Union in a Globalized World: Services of General Economic Interest and External Trade, in: Johan van de Gronden, Hg. *EU and WTO Law on Services*, Dordrecht: Kluwer Law International, 187-213

(d) *Arbeitspapiere*

20. Herwig, Alexia (2009) International Law and Non-Law Governance in the WTO's General Trade in Services' Approach to International Standards on Services, GARNET Working Paper No 67/09
21. Joerges, Christian, [Beate Braams] & [Michelle Everson] (2007) Die Europäische Wende zu ‚Neuen Formen des Regierens‘ (New Modes of Governance) – Rechtsprobleme eines politischen Konzepts, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 55
22. Maier, Matthias Leonhard (2007) Normentwicklung durch WTO-Gremien am Beispiel von Handel und Gesundheitsschutz: der SPS-Ausschuss, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 68

II. *Nicht-referierte Beiträge für*

(a) *Wissenschaftliche Zeitschriften*

23. [Blecher, Michael], [Giuseppe Bronzini], [Jennifer Hendry] & Christian Joerges, Hg. (2008) Governance, Civil Society and Social Movements, Special Issue of the *European Journal of Legal Studies* (<http://www.ejls.eu> [Beitrag von Christian Joerges: Integration durch Entrechtlichung? Ein Zwischenruf / Integrazione attraverso la degiuridicizzazione? Un intervento interlocutorio])
24. Falke, Josef (2007a) Neue Entwicklungen im Europäischen Umweltrecht, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* **18**, 46-50, 161-166, 270-275, 384-388, 496-499, 612-616
25. Falke, Josef (2008a) Neue Entwicklungen im Europäischen Umweltrecht, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* **19**, 104-110, 218-223, 329-331, 444-451, 551-556
26. Falke, Josef (2008b) New Developments in European Environmental Law, in: *Journal of European Environmental and Planning Law* **5**, 351-370
27. Falke, Josef (2009a) Neue Entwicklungen im Europäischen Umweltrecht, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* **20**, 46-51, 163-167, 274-279, 391-395, 505-509, 617-620
28. Falke, Josef (2010) Neue Entwicklungen im Europäischen Umweltrecht, in: *Zeitschrift für Umweltrecht* **21**, 105-107, 214-217
29. Genschel, Philipp & Henning Deters (2009) Mehr Globalisierung, weniger Wohlfahrtsstaat?, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* **20**:1, 158-180
30. Herwig, Alexia (2007) Multilevel Food Safety Governance and Its Discontents, Buchbesprechung von Christopher Ansell & David Vogel, Hg. *What's the Beef? The Contested Governance of European Food Safety*, in: *International Studies Review* **9**:4, 744-747
31. Hüller, Thorsten (2008b) Demokratisierung der EU durch Online-Konsultationen?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* **21**:2, 73-82
32. Joerges, Christian (2009c) Sozialstaatlichkeit in Europe? A Conflict-of-Laws Approach to the Law of the EU and the Proceduralisation of Constitutionalisation, in: *German Law Journal* **10**:4, 335-360
33. Joerges, Christian & [Florian Rödl] (2008b) Das soziale Defizit des europäischen Integrationsprozesses, in: *Kritische Justiz* **41**:2, 149-165

34. Krajewski, Markus (2008c) Rechtsbegriff Daseinsvorsorge?, in: *Verwaltungsarchiv* **99**:2, 174-196
35. Krajewski, Markus (2009b) Anforderungen der Dienstleistungsrichtlinie an Genehmigungsregelungen und ihre Umsetzung im deutschen Recht, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* **28**:15, 929-935
36. Krajewski, Markus (2009c) Zur Demokratisierung von Global Economic Governance, in: Brunkhorst, Hauke, Hg. *Demokratie in der Weltgesellschaft, Soziale Welt, Sonderband 18*, 215-230
37. Krajewski, Markus (2010a) Services Trade Liberalisation and Regulation: New Developments and old Problems, in: Christoph Herrmann & Jörg Philipp Terhechte, Hg. *European Yearbook of International Economic Law* 2010, 153-178
38. Krajewski, Markus (2010b) Ein Menschenrecht auf integrativen Schulunterricht – Zur innerstaatlichen Wirkung von Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention, in: *Juristenzeitung* **65**:3, 120-125
39. Krajewski, Markus (2010c) Grenzüberschreitende Patientenmobilität in Europa zwischen negativer und positiver Integration der Gesundheitssysteme, in: *Europarecht* **45**:2, 165-187

*(b) Monographien*

40. Joerges, Christian & [Poul F. Kjaer], Hg. (2008) *Transnational Standards of Social Protection. Contrasting European and Transnational Governance*, ARENA Report No 5/08, RECON Report No 4
41. [Rust, Ursula] & Josef Falke, Hg. (2007) *AGG – Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz mit weiterführenden Vorschriften*. Kommentar, Berlin: Erich Schmidt Verlag (1062 S.), darin von Josef Falke verfasst: S. 60-71, 118-126, 174-180, 228 f., 283-290, 391-393, 467-494, 641-667, 731-741, 804-806, 837-877, 929-940, 971-984

*(c) Sammelbandbeiträge*

42. Conrad, Christiane (2008) Im Spannungsfeld von WTO-Recht und nationaler Regulierung: Erörterung der Anwendbarkeit des SPS-Übereinkommens auf die Regulierung gentechnisch veränderter Produkte am Beispiel des Falles EC-Biotech, in: Meinhard Hilf & Timo Niebsch, Hg. *Perspektiven des Internationalen Wirtschaftsrechts*, Stuttgart: Richard Boorberg Verlag, 37-72
43. Falke, Josef (2008c) WTO and ILO: Can Social Responsibility be Maintained in International Trade?, in: Christian Joerges & Poul F. Kjaer, Hg. *Transnational Standards of Social Protection. Contrasting European and Transnational Governance*, ARENA Report No 5/08, RECON No 4, 65-96
44. Falke, Josef (2008d) Umweltschutz und Umweltgestaltung, in: *Sammlung Deutsches Recht, Teilband zum umzusetzenden Gemeinschaftsrecht*, Baden-Baden: Nomos (Loseblatt)
45. Falke, Josef (2008e) Gesundheitswesen, in: *Sammlung Deutsches Recht, Teilband zum umzusetzenden Gemeinschaftsrecht*, Baden-Baden: Nomos (Loseblatt)

46. Falke, Josef (2009b) Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie – statt befürchteten Sozialdumpings erhoffte Verwaltungsreform?, in: Andreas Fischer-Lescano, Christoph Schmid & Florian Rödl, Hg. *Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa*, Baden-Baden: Nomos, 199-225
47. Falke, Josef (2009c) Management von Risiken technischer Produkte im Rahmen der Neuen Konzeption zur technischen Harmonisierung und Normung. Alte Prinzipien, empirische Erfahrungen und neue Orientierungen, in: Aurelia Ciacchi, Christine Godt, Peter Rott & Jane Smith, Hg. *Haftungsrecht im dritten Millennium / Liability in the Third Millennium. Liber amicorum Gert Brüggemeier*, Baden-Baden: Nomos, 437-488
48. Herwig, Alexia (2008b) The Multiple Understandings of Conflict Between Trade in Services and Labour Protection, in: Christian Joerges & Poul F. Kjaer, Hg. *Transnational Standards of Social Protection. Contrasting European and Transnational Governance*, ARENA Report No 5/08, RECON No 4, 7-29
49. Herwig, Alexia & Thorsten Hüller (2008a) Towards Normative Legitimacy of the World Trade Order, in: Christian Joerges & Poul F. Kjaer, Hg. *Transnational Standards of Social Protection. Contrasting European and Transnational Governance*, ARENA Report No 5/08, RECON No 4, 223-253
50. Herwig, Alexia & Thorsten Hüller (2008b) Zur normativen Legitimität der Welthandelsordnung, in: Meinhard Hilf & Timo Niebsch, Hg. *Perspektiven des Internationalen Wirtschaftsrechts*, Stuttgart: Richard Boorberg Verlag, 117-158
51. Hüller, Thorsten & [Beate Kohler-Koch] (2008) Assessing the Democratic Value of Civil Society Engagement in the European Union, in: Beate Kohler-Koch, Dirk de Bièvre & William Maloney, Hg. *Opening EU Governance to Civil Society – Gains and Challenges*, Mannheim: CONNEX Report Series, Vol. 5, 145-181
52. Joerges, Christian (2007b) Europarecht als ein Kollisionsrecht neuen Typs: Wie eine europäische unitas in pluralitate verfasst werden kann, in: Martin Führ & Peter von Wilmowsky, Hg. *Umweltrecht und Umweltwissenschaft, Festschrift für Eckard Rehbinde*, Berlin: Erich Schmidt Verlag, 719-747
53. Joerges, Christian (2007c) What is left of the European Economic Constitution?, in: Wenzel Matiaske, Hauke Brunkhorst, Gerd Grözinger & Marcelo Neves, Hg. *The European Union as a Model for the Development of Mercosur? Transnational Orders between Economical Efficiency and Political Legitimacy*, München: Rainer Hampp Verlag, 19-52
54. Joerges, Christian (2008c) Democracy and European Integration: A Legacy of Tensions and a Constructive Potential, in: *Europe and the Challenges of the 21st Century*, Lisbon, Coimbra: Edições Almedina, 111-150 [Vorabdruck als EUI Working Paper LAW 2007/25]
55. Joerges, Christian (2009d) Integration durch supranationales Kollisionsrecht: Zur Verteidigung des europäischen Projekts durch eine alternative Konzeptualisierung seiner Rechtsverfassung, in: Andreas Fischer-Lescano, Christoph Schmid & Florian Rödl, Hg. *Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa*, Baden-Baden: Nomos, 373-393



56. Joerges, Christian (2009e) Judicialization and Transnational Governance: The Example of WTO Law and the GMO Dispute, in: Bogdan Iancu, Hg. *The Law/Politics Distinction in Contemporary Public Law Adjudication*, Utrecht: Eleven International Publishing, 57-84
57. Joerges, Christian (2009f) Integration through Conflicts Law: On the Defence of the European Project by means of Alternative Conceptualisation of Legal Constitutionalisation, in: Rainer Nickel, Hg. *Conflict of Laws and Laws of Conflict in Europe and Beyond*, ARENA Report No 1/2009, RECON Report No 7, 531-561
58. Joerges, Christian (2009g) Europäische Verfassung, in: Hauke Brunkhorst, Regina Kreide & Cristina Lafont, Hg. *Habermas-Handbuch*, Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler, 94-99
59. Joerges, Christian (2009h) Europäische Staatsbürgerschaft, in: Hauke Brunkhorst, Regina Kreide & Cristina Lafont, Hg. *Habermas-Handbuch*, Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler, 312-315
60. Joerges, Christian (2009i) La dissociation entre politique sociales nationales et intégration économique ne comprometelle pas l'avènement d'une Europe sociale?, in: Laurence Boy, Jean-Baptiste Racine & Fabrice Siiriainen, Hg. *Droit économique et droits de l'homme*, Bruxelles, Louvain-la-Neuve: éditions Larcier, 313-336
61. Joerges, Christian (2009j) A Renaissance of the European Economic Constitution?, in: Ulla Neergaard, Ruth Nielsen & Ruth Roseberry, Hg. *Integrating Welfare Functions into EU Law – From Rome to Lisbon*, Copenhagen: DJØF Publishing, 29-52
62. Joerges, Christian (2009k) Integrazione attraverso la de-giuridicizzazione? Un intervento interlocutorio, in: Michael Blecher, Giuseppe Bronzini, Roberto Ciccarelli, Jennifer Hendry, Christian Joerges, Hg. *Governance, Società Civile e Movimenti Sociali. Rivendicare il comune*, Rom: Ediesse, 31-58 [leicht überarbeitete Fassung des Aufsatzes in *Rivista Critica del Diritto Privato* **26**, 163-188]
63. Joerges, Christian (2010b) The Lisbon Judgement, Germany's *Sozialstaat*, the ECJ's Labour-Law Jurisprudence, and the Reconceptualisation of European Law as a New Type of Conflicts Law, in: Fischer-Lescano, Andreas, Christian Joerges & Arndt Wonka, Hg. *The German Constitutional Court's Lisbon Ruling: Legal and Political-Science Perspectives*, ZERP-DP 1/2010, 25-38
64. Joerges, Christian & [Florian Rödl] (2009a) Reconstituting Democracy in Europe's post-national Constellation: By dint of Conflict of Laws, in: Erik Oddvar Eriksen & John Erik Fossum, Hg. *Theory and Practice*, ARENA Report No 2/2009, RECON Report No 8, 307-334
65. Joerges, Christian & [Florian Rödl] (2009b) Zum Funktionswandel des Kollisionsrechts II: Die kollisionsrechtliche Form einer legitimen Verfassung der postnationalen Konstellation, in: Graf-Peter Calliess, Andreas Fischer-Lescano, Dan Wielsch & Peer Zumhansen, Hg. *Soziologische Jurisprudenz, Festschrift für Gunther Teubner zum 65. Geburtstag*, Berlin: de Gruyter, 765-778

66. Krajewski, Markus (2007) Leistungen der Daseinsvorsorge im Gemeinschaftsrecht – Freier Wettbewerb oder öffentliche Aufgabe?, in: Alice Wagner & Valentin Wedl, Hg. *Bilanz und Perspektiven zum Europäischen Recht*, Wien: ÖGB, 433-453
67. Krajewski, Markus (2008d) Competitiveness and Labour Protection: A Comment, in: Christian Joerges & Poul F. Kjaer, Hg. *Transnational Standards of Social Protection. Contrasting European and Transnational Governance*, ARENA Report No 5/08, RECON No 4, 55-62
68. Krajewski, Markus (2010d) Privatisierung und Regulierung der Wasserversorgung als Gegenstand des Investitionsschutzrechts, in: Dirk Ehlers, Hans-Michael Wolfgang & Jan Schröder, Hg. *Rechtsfragen des internationalen Investitionsschutzes*, Frankfurt a.M.: Verlag Recht und Wirtschaft, 203-226
69. Krajewski, Markus (2010e) Der Entwurf einer Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung: Schlussstrich unter die Rechtsprechung zur Patientenmobilität oder Auftakt einer Binnenmarktharmonisierung im Gesundheitswesen?, in: Thomas Gerlinger, Kai Mosebach & Rolf Schmucker, Hg. *Gesundheitsdienstleistungen im europäischen Binnenmarkt*, Frankfurt a.M., 101-118
70. Maier, Matthias Leonhard & Achim Wiesner (2007) Politik und Wissen, in: Rainer Schützeichel, Hg. *Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung*, Konstanz: UVK, 613-622

(d) *Arbeitspapiere*

71. Fischer-Lescano, Andreas, Christian Joerges & [Arndt Wonka], Hg. (2010) *The German Constitutional Court's Lisbon Ruling: Legal and Political-Science Perspectives*, ZERP-DP 1/2010
72. Hüller, Thorsten (2007b) Adversary or ‚Depoliticized‘ Institution? Democratizing the Constitutional Convention, RECON-Working Paper 07/2007
73. Joerges, Christian (2007d) Conflict of Laws as Constitutional Form. Reflections on the International Trade Law and the Biotech Panel Report, RECON Online Working Paper 2007/03
74. Joerges, Christian & [Florian Rödl] (2008c) Von der Entformalisierung europäischer Politik und dem Formalismus europäischer Rechtsprechung im Umgang mit dem „sozialen Defizit“ des Integrationsprojekts. Ein Beitrag aus Anlass der Urteile des EuGH in den Rechtssachen Viking und Laval, ZERP-Diskussionspapier 2/2008
75. Joerges, Christian & [Christoph Schmid] (2010a) Towards Proceduralisation of Private Law in the European Multi-Level System, ZERP DP 3/2010
76. Krajewski, Markus (2008e) Democratic Governance as an Emerging Principle of International Economic Law, in: Society of International Economic Law (SIEL), Inaugural Conference, Geneva, July 15-17, 2008, Online Proceedings Working Paper No. 14/08

### III. Vorliegende Manuskripte für

#### (a) Wissenschaftliche Zeitschriften

77. Herwig, Alexia & Thorsten Hüller (2010) Towards Normative Legitimacy of the World Trade Order, in: *Transnational Legal Order* 1:2 (in Begutachtung)
78. Hüller, Thorsten & Henning Deters (2010) Probleme evaluierender Politikforschung. Das Beispiel Demokratiemessung, in: *Leviathan* 38 (in Begutachtung)

#### (b) Monographien und Sammelbände

79. Conrad, Christiane R. (2010) *Processes and Production Methods (PPMs) in WTO Law. A Contribution to the Debate on the Impact of WTO law on National Regulation pursuing Social Goals*, Dissertation, Universität Bern, 2009 (angenommen bei Cambridge University Press)
80. Falke, Josef & Christian Joerges, , Hg. (2010) *Handelsliberalisierung und Sozialregulierung in transnationalen Konstellationen – Erklärungen* (angenommen bei Nomos), darin:
  - Einführung
  - Falke, Josef, Produkt- und Lebensmittelsicherheit in der Europäischen Union und in der WTO
  - Batura, Olga & Markus Krajewski, Liberalisierung und Regulierung von Telekommunikations- und Gesundheitsdienstleistungen
  - Deters, Henning, Festlegung von Standards für Emissionen von Pkw. Treibende und hemmende Kräfte der Standardisierung
  - Falke, Josef, Arbeits- und Sozialstandards im europäischen Binnenmarkt und im internationalen Handel
  - Hüller, Thorsten & Henning Deters, Sozialregulierungsfähigkeit als normativer Standard in der empirischen Politikwissenschaft?
  - Joerges, Christian, Perspektiven einer kollisionsrechtlichen Verfassung transnationaler Märkte
81. Herwig, Alexia (2010) *WTO Law, GMO Food Safety and Consumer Choice: The Limits of Legal Control*, Dissertation, New York University School of Law, 2007 (angenommen bei Martinus Nijhoff Publishers)
82. Joerges, Christian & Josef Falke, Hg. (2010) *Karl Polanyi, Globalisation and the Potential of Law in Transnational Markets*, Oxford/Portland: Hart Publishing (druckfertiges Manuskript beim Verlag), darin u.a.:
  - Joerges, Christian & Josef Falke, The Social Embeddedness of Transnational Markets: Introducing and Structuring the Project
  - Herberg, Martin [A3], Bringing Professions Back in. A Fresh Look at the Dynamics of Institution-Building in (World) Society
  - Dilling, Olaf [A3], Enclosed Solutions for Common Problems? Uncertainty, Precaution and Collective Learning in Environmental Law
  - Krajewski, Markus, Commodifying and Embedding Services of General Interests in Transnational Contexts – The Example of Healthcare Liberalisation in the EU and the WTO
  - Batura, Olga, Embedded Transnational Markets for Telecommunications Services?
  - Falke, Josef, WTO and ILO – Can Social Responsibility be Maintained in International Trade?
  - Moritz Renner [A4] The Dialectics of Transnational Constitutionalism
  - Viellechner, Lars [zukünftig A2], The Constitution of Transnational Governance Arrangements: Karl Polanyi's Double Movement in the Transformation of Law
  - Joerges, Christian, A New Type of Conflicts Law as the Legal Paradigm of the Postnational Constellation

83. Joerges, Christian, [Klaus Günther] & [Camil Ungureanu], Hg. (2010) *Jürgen Habermas*. Vol. I – The Discourse Theory of Law and Democracy; Vol. II – Law and Democracy in the Post-National Constellation, International Library of Essays in the History of Social and Political Thought, London, November 2010: Ashgate, Hardback 978-0-7546-2832-3 (im Druck)
84. Joerges, Christian & [Ernst-Ulrich Petersmann], Hg. (2010) *Constitutionalism, Multi-level Trade Governance and the Future of International Economic Law*, 2. überarb. Aufl., Oxford/Portland: Hart Publishing (im Druck)
85. Krajewski, Markus (2010e) *Grundstrukturen des Rechts öffentlicher Dienstleistungen*, Habilitationsschrift, Universität Hamburg, 2009, 585 S., Heidelberg: Springer (abschließend überarbeitetes Manuskript zum Druck angenommen)

*(c) Sammelbandbeiträge*

86. Joerges, Christian & [Christoph Schmid] (2010b) Towards Proceduralisation of Private Law in the European Multi-Level System, in: Arthur Hartkamp u.a., Hg. *Towards a European Civil Code*, 4. Aufl., The Hague: Kluwer Law International (im Druck)

*(d) Arbeitspapiere*

87. Batura, Olga (2010) Liberalisierung der Telekommunikationsdienstleistungen, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper (in Begutachtung)
88. Deters, Henning (2010) Legislating on Car Emissions. What Drives Standards in EU Environmental Policy?, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper (in Begutachtung)
89. Joerges, Christian (2010c) The Idea of a Three-Dimensional Conflicts Law as Constitutional Form, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper (in Begutachtung)
90. Krajewski, Markus (2010f) Legitimizing global economic Governance through transnational Parliamentarization: The parliamentary Dimensions of the WTO and the World Bank, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper (in Begutachtung)

### 3.4 Geplante Weiterführung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

#### 3.4.1 Forschungsziele

**Tabelle 1: Überblick über die Forschungsziele des Teilprojekts**

Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Erklärung der festgestellten Unterschiede in der Internationalisierung und Sozialregulierungsfähigkeit zwischen Politikfeldern und Governance-Ebenen: – systematischer Makrovergleich (über alle Untersuchungsbereiche hinweg) hinsichtlich institutioneller und politikfeldspezifischer Bedingungen – vertiefter Vergleich kontrastierender Fallgruppen in den Bereichen Risiko-regulierung, Dienstleistungshandel und Arbeitsstandards	Untersuchung der <i>Folgen</i> der Konstellation veränderter Staatlichkeit im Spannungsfeld von Handelsliberalisierung und Sozialregulierung sowie der dadurch ausgelösten <i>Reaktionen</i> von Nationalstaaten und betroffenen/interessierten Akteuren auf die normativen Güter soziale Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Legitimation. <i>Bewertung</i> und rechtliche Verarbeitung der neuen Konstellation mit Hilfe eines dreidimensionalen kollisionsrechtlichen Rahmens. Konkretisierung der Untersuchungen in vier exemplarischen Untersuchungsfeldern

#### Konstellation veränderter Staatlichkeit

Wie wir in den ersten beiden Phasen der Förderung gezeigt haben, wurde die Fähigkeit des demokratischen Rechts- und Interventionsstaates (DRIS), im nationalen Rahmen unerwünschten Marktentwicklungen entgegen zu steuern und Liberalisierungspolitiken mit anderen Politikzielen zu koordinieren, durch die europäische Binnenmarktintegration und die Handelsliberalisierung im Rahmen des General Agreement on Trade and Tariffs (GATT) und der WTO geschwächt. Teilweise wurden sozialregulatorische Kompetenzen zwar auf die EG-Ebene verlagert, müssen dort aber grundsätzlich kooperativ wahrgenommen werden. Die Handelsliberalisierung auf der Ebene der WTO spart sozialregulatorische Konzepte nahezu komplett aus, „importiert“ allerdings in einzelnen Bereichen regulative Standards aus anderen internationalen Regimen. Diese Entwicklungen führen in mehrfacher Hinsicht zu einer *Zerfaserung der Fähigkeit zur Sozialregulierung*. Diese ist durch die Ungleichzeitigkeit der Verlagerung staatlicher Kompetenzen auf die EG, strukturelle Unterschiede staatlicher Einflussnahme in der EG und der WTO, politikfeldspezifische Unterschiede sowie die starke Fragmentierung der Politikformulierung und der Regelbildung auf europäischer und vor allem internationaler Ebene gekennzeichnet.

Unsere bisherigen Untersuchungen haben weiter gezeigt, dass die Verlagerung sozialregulativer Politiken in transnationale Arenen und der damit verbundene Bedeutungszuwachs supranationaler und internationaler Entscheidungsgremien nicht zu stabilen neuen Verhältnissen geführt hat. Die Staaten müssen sich darauf einstel-

len, dass eine Problemlösung und dauerhafte Streitschlichtung nur in Abstimmung insbesondere mit anderen Staaten und internationalen Organisationen zu erreichen ist. Um das Spannungsverhältnis von Freihandel und Sozialregulierung bearbeiten zu können haben sich transnationale *governance patterns* herausgebildet, zu denen wir expertokratische Verbundverwaltungen bzw. Verwaltungsnetzwerke (Slaughter 2003 und 2004; Ruffert 2007a; Curtin 2009), nicht-gouvernementale Regime wie private Normungsorganisationen (Lepsius 2007; Schepel 2005; Falke 2000) oder die Codex Alimentarius Kommission (Herwig 2006; Hüller & Maier 2006; Masson-Matthee 2007) und *epistemic communities* zählen.

Gegenstand der Forschung in der *dritten Phase* soll die Untersuchung und Bewertung der Folgen dieser neuen Arrangements sein. Unser Blick richtet sich dabei in empirischer Hinsicht auf die Folgen der neuen Arrangements. Dabei interessieren uns sowohl die Auswirkungen der neuen Arrangements auf normative Güter (Outcome) sowie auf die Reaktionen der Staaten und betroffener und interessierter Akteure auf die veränderte Konstellation. In normativer Hinsicht wollen wir die demokratisch legitimierbare rechtliche Bearbeitung und Bewertung dieser Folgen mit Hilfe eines kollisionsrechtlichen Ansatzes ermöglichen. Konkretisiert werden unsere Überlegungen mit Hilfe von politikfeldspezifischen Fallstudien in den typischen Bereichen sozialer Regulierung, die immer wieder zu Konflikten mit den Projekten der Handelsliberalisierung auf EG- und WTO-Ebene führen.

### **Folgen**

Die von uns untersuchten transnationalen *governance patterns* haben unterschiedliche *Auswirkungen* auf die normativen Güter des DRIS. Von Interesse sind für uns das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit (Rechtssicherheit, Zuweisung klarer Zuständigkeiten, Transparenz- und Begründungsgebote, die Gewährleistung von Rechtsschutz, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz), sozialregulative Ziele (Gesundheits- und Verbraucherschutz, Arbeitsstandards, Umweltschutz oder Universalzugang zu bestimmten Dienstleistungen) sowie demokratische Legitimation. Wir vermuten, dass sowohl Niveau- als auch Strukturveränderungen bei der Gewährleistung dieser Güter zu beobachten sind. So ist denkbar, dass die Herausbildung neuer Standards zu Niveausteigerungen im Bereich sozialregulativer Ziele führen kann. Dies muss aber keineswegs bedeuten, dass solche Regeln als legitim gelten. Unser Ziel ist die Betrachtung der Gesamtkomplexe und nicht die Fokussierung auf die jeweils am stärksten betroffenen normativen Güter.

Die neuen Governance-Arrangements und die Veränderungen der Gewährleistung normativer Güter rufen bei den Nationalstaaten und bei den betroffenen Stakeholdern unterschiedliche *Reaktionen* hervor. Auch internationale Organisationen müssen ihre Arbeitsfelder und Arbeitsweisen auf die neue Konstellation einstellen. In Anlehnung an Hirschmans (1970) Kategorien (*exit, voice, loyalty*) kann

man eine Heuristik rechtsförmiger Konfliktmuster bilden (vgl. zur Übernahme im Europarecht Weiler 1991): Staaten suchen nach Möglichkeiten zur Minderung der Auswirkungen von WTO und EG auf ihre Regulierungsautonomie durch die Nutzung von legalen Ausnahmemöglichkeiten (*partial exit*) oder die offene Missachtung europäischer oder internationaler Entscheidungen (*disregard*). Akteure, die gegenüber den neuen Arrangements eher kritisch eingestellt sind, wie zivilgesellschaftliche Gruppen, verlangen Reformen der jeweiligen Regimes (z.B. die Einführung von Sozial- und Umweltstandards in der WTO) oder eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf den Nationalstaat (*voice*). Transnationale Unternehmen, Burekratien und *epistemic communities* sind gegenüber den neuen Arrangements dagegen häufig positiver eingestellt, da sie diese als effiziente Mechanismen zur Durchsetzung von Markt- und Wissenschaftslogiken wahrnehmen. Ihre Verbesserungsvorschläge zielen daher darauf ab, dass die genannten Arrangements in diesem Sinne optimiert werden (*loyalty*). Teilweise werden die neuen Arrangements auch von Staaten unterstützt, denen es gelingt, ihre eigenen Standards in der Konstellation veränderter Staatlichkeit besser durchzusetzen. Auch wenn sich Reaktionsformen, wie Hirschman sie theoretisch entwickelt hat, beobachten lassen, macht das ihre rechtliche Erfassung nicht überflüssig und präjudiziert nicht die Bewertung.

### **Kollisionsrecht als Form der Konstitutionalisierung transnationalen Regierens**

Die Entfaltung eines systematischen kollisionsrechtlichen Bewertungsrahmens, der in den Forschungsfeldern erprobt und dabei präzisiert werden soll, ist das zentrale rechtswissenschaftliche Anliegen der dritten Phase des Teilprojekts. Dieses Vorhaben umschreiben wir als ein „dreidimensionales Kollisionsrechts neuen Typs“. Es gibt dazu Vorarbeiten, die bis in die erste zusammenfassende Darstellung der Projektarbeiten zurückreichen (Joerges & Godt 2006) und danach kontinuierlich fortgesetzt und diskutiert wurden (zuletzt Nickel 2009; Joerges & Rödl 2009a [64]; Ladeur, Renner, Viellechner, Joerges in Polanyi-Band 2010 [82]<sup>3</sup> sowie Joerges 2010c [89]). Der Ansatz ist nicht ohne Resonanz geblieben (z.B. Cottier 2007; Mayntz 2007), wie mehr oder weniger nah verwandte rechtliche Analysen und theoretische Entwürfe zeigen (z.B. Pauwelyn 2003; Fischer-Lescano & Teubner 2006; Howse & Nicolaidis 2008). In Deutschland und weit darüber hinaus lassen sich rechtswissenschaftliche und interdisziplinäre Debatten und Projekte identifizieren, an die unsere Überlegungen anschließen können und im Verhältnis zu denen wir die präzise Verortung unseren Ansatz zu bestimmen haben werden. Dies gilt für die Diskussionen um die Konstitutionalisierung des Völkerrechts (etwa Bogdandy

---

<sup>3</sup> Die einzelnen Arbeiten lauten: Karl-Heinz Ladeur, *The State in International Law*; Moritz Renner, *The Dialectics of Transnational Constitutionalism*; Lars Viellechner, *The Constitution of Transnational Governance Arrangements: Karl Polanyi's Double Movement in the Transformation of Law*; Christian Joerges, *Conflict of Laws as „Constitutional Form“ in Transnational Constellations*.

2008; Peters 2009) einschließlich der im Hinblick auf den kollisionsrechtlichen Ansatz wichtigen Fragmentierungs-Kontroverse (einerseits Koskeniemi & Leino 2002; Koskeniemi 2006; Fischer-Lescano & Teubner 2006; andererseits Benvenuti & Downs 2007; Bast 2009), ferner für die Projekte zum internationalen und transnationalen Verwaltungsrecht Krisch 2009, 2006; Kingsbury 2009; Kingsbury, Krisch & Stewart 2007; Kuo 2009; Ruffert 2007b; Schmidt-Aßmann 2006 und 2008; Möllers, Voßkuhle & Walter 2007, aber auch für die vielfach interdisziplinär angelegten Diskussionen in der Theorie Internationaler Beziehungen (Herborth & Niesen 2007; Kreide & Niederberger 2008; Brunkhorst 2009; Deitelhoff & Steffek 2009).

Zwei *terminologische Abgrenzungen* sind uns wichtig. Die erste betrifft den *Terminus Kollisionsrecht*. Es geht weder um die Wahl zwischen Rechtsordnungen nach den Regeln des Internationalen Privatrechts (IPR) kontinentalen Zuschnitts oder nach denen des angelsächsischen „conflict of laws“, ebenso wenig um Internationales Zivilprozessrecht. Im europäischen Mehrebenensystem muss ja gerade in den Bereichen der Sozialregulierung der Umstand ausgeglichen werden, dass keine einzelne Rechtsordnung autonom reagieren kann, sondern mehrere Ebenen zusammenwirken müssen. International gilt dies ebenfalls. Wenn wir gleichwohl den Begriff des Kollisionsrechts verwenden, so zum einen deshalb, weil der erste Begriffsteil zum Ausdruck bringt, dass es in der EU und erst recht international um die Bewältigung von Konflikten geht, während der zweite besagt, dass dies in rechtlich disziplinierten Formen geschehen soll. Unser Begriff wird zugleich dem Umstand gerecht, dass es in der postnationalen Konstellation weiterhin auch horizontale Konflikte gibt und geben wird. Schließlich spricht für einen Rückgriff auf kollisionsrechtliche Kategorien und Methodologien der Umstand, dass der Umgang mit rechtlichen Divergenzen das Kernproblem kollisionsrechtlichen Denkens darstellt und wir deshalb an reiche Traditionsbestände anknüpfen können.

Die zweite Bemerkung gilt der „*Dreidimensionalität*“ unseres Ansatzes. Wir wollen mit diesem Terminus formal der Sinnhaftigkeit einer Differenzierung kollisionsrechtlicher Zugriffsformen Rechnung tragen, gleichzeitig aber auch zum Ausdruck bringen, dass wir eine systematische Ordnung vor Augen haben. In der Sache geht es im Grundsatz um die gleichen Transformationsprozesse, die sich im Recht nach der typologisch zugespitzten Konstellation des DRIS allgemein beobachten lassen, die aber unsere Untersuchungsfelder der Sozialregulierung besonders intensiv betreffen. Dies ist einmal das Eindringen regulativer Programme („Zweckprogramme“ i.S.v. Luhmann 1972, 227 ff.; 1993, 195-204) und sodann die Wende zum Regieren, nach der das Recht sich auf Formen der Selbstregulierung, die Einbeziehung nicht-gouvernementaler Akteure in die regulative Politik und den gesteigerten Bedarf nach und den Umgang mit Expertenwissen einstellen musste. Diese Transformationen sind in Europa ganz massiv zur Geltung gekommen. Majone (1994)



hat auf sie mit seiner viel beachteten Konzeptualisierung Europas als „Regulatory State“ reagiert. Den „turn to governance“ hat die Europäische Kommission mit ihrem Weißbuch von 2001 (Europäische Kommission 2001) weithin sichtbar vollzogen (zur rechtlichen Problematik Joerges, Braams & Everson 2007 [21]). Für das Völkerrecht hat Weiler (2004, 552) „International Law as Regulation“ als eine neue „geologische“ Formation des Völkerrechts mit einer spezifischen Normativität und Legitimität beschrieben. Die neuen Großprojekte zum Global Administrative Law und zum Internationalen Verwaltungsrecht reagieren auf diese Entwicklungen. Unsere Unterscheidung von drei Dimensionen will diesen Transformationen Rechnung tragen. Wir gehen dabei davon aus, dass die „geologischen Schichten“ des Rechts sich tatsächlich signifikant unterscheiden und nach den Transformationen des nationalen Rechts auch das europäische und internationale Recht Schichten mit jeweils spezifischen Regelungsfunktionen ausbilden.

*Normativer Ausgangspunkt.* Es geht uns indessen keineswegs bloß um rechtssoziologische Analysen und rechtsdogmatische Bestandsaufnahmen. Wir möchten vielmehr gerade auch den normativen Implikationen jener Entwicklungen gerecht werden und sehen genau hier den „Beruf“ des dreidimensionalen Kollisionsrechts. Dabei geht das zentrale normative Argument unseres Teilprojekts von einer gut belegten Beobachtung aus: Die Prozesse der Europäisierung und Globalisierung<sup>4</sup> mit ihren Interdependenzen haben einen normativ relevanten dreifachen Effekt: Zum einen kann kein Staat vermeiden, dass eine Regelung, mit der er auf Probleme reagiert, sich jenseits der eigenen Grenzen auswirkt. Dies aber hat häufig genug zur Folge, dass die betroffenen Jurisdiktionen eine Rücksichtnahme auf ihre Interessen verlangen. Schließlich erfahren immer mehr Staaten, dass die sie betreffenden Probleme nicht mehr autonom, sondern nur kooperativ angegangen werden können. Luhmann (1991) hat dieses Phänomen in seiner Soziologie des Risikos durch die Unterscheidung von Entscheidungszuständigkeit und Betroffenheit erfasst. Unsere normative Argumentation knüpft jedoch an Habermas (1991) an, der es als Problem der Demokratie rekonstruiert hat, nämlich als Erosion des Prinzips, dass die Bürger einer Demokratie sich selbst als Autoren der Regelungen begreifen können, denen sie sich fügen sollen.

Hieraus leiten wir unsere normativen Kernsätze ab, auf die sich unsere Behandlung des *Kollisionsrechts als verfassungsrechtliche Form* mit demokratisch begründeten Geltungsansprüchen gründet (Joerges & Neyer 1997; Howse & Nicolaidis 2008; Rödl 2010). Sie lauten: Europäisierung und Globalisierung führen zu einem strukturellen Demokratie-Defizit. Deshalb müssen Verfassungsstaaten ein Recht anerkennen bzw. schaffen, das diese Defizite kompensiert, indem es „fremden“ Belangen Gehör verschafft und Rücksichtnahmen durch international verträgliche Regelungen einfordert. Dieser Ausgangspunkt eröffnet Perspektiven einer demokra-

---

<sup>4</sup> Zur Globalisierung als Herausforderung an das Öffentliche Recht Ruffert (2004).

tischen Verrechtlichung auf europäischer wie auf internationaler Ebene, in der sich die viel beklagten Demokratiedefizite des Europarechts und des Völkerrechts beheben lassen. Um den Ausbau dieser Perspektiven geht es in den drei Dimensionen unserer Kollisionsrechtskonzeption.

Das *Kollisionsrecht der ersten Dimension*. Nicht nur die normative Grundlegung des kollisionsrechtlichen Ansatzes, sondern auch seine Eignung zur Erfassung von Konfliktkonstellationen erscheinen uns im Europarecht besonders augenfällig (näher Joerges **2007a** [11]). Diese Ausgangspunkte können in den das europäische Mehrebenensystem kennzeichnenden Konfliktkonstellationen insgesamt zur Geltung gebracht werden. Wir unterscheiden hier zwischen vertikalen Konflikten zwischen den verschiedenen Ebenen europäischen Regierens, horizontalen Konflikten, die sich aus Transaktionen zwischen den Mitgliedstaaten ergeben und diagonalen Konflikten, die daraus resultieren, dass Regelungskompetenzen der nationalstaatlichen und der europäischen Ebene jeweils nur einen Aspekt eines Problemkomplexes abdecken. Hier wird besonders deutlich, warum der kollisionsrechtliche Ansatz sich nicht auf die Wahl einer bestimmten Rechtsordnung beschränken kann. Aber auch in horizontalen Konfliktkonstellationen ist, wie die Rechtsprechung des EuGH zur wechselseitigen Anerkennung reichhaltig belegt, ein vermittelnder, „autonomieschonender und gemeinschaftsverträglicher“ (Scharpf 1993) Interessenausgleich häufig möglich. Mit Hilfe des kollisionsrechtlichen Ansatzes lassen sich aber auch im WTO-Recht anfallende Entscheidungsaufgaben präzisieren und strukturieren (Howse & Nicolaïdis 2008; Joerges **2009e** [56]). Er wird sich auch für Konflikte zwischen den WTO-Regeln und dem Europäischen Recht nutzen lassen.

Das *Kollisionsrecht der zweiten Dimension* betrifft die Ablösung nationalstaatlicher durch transnationale Problemlösungen. Es geht damit über die Anpassungsleistungen hinaus, die das Kollisionsrecht der ersten Dimension fordern kann. Mit der Zuordnung zum Kollisionsrecht knüpfen wir an die sehr früh von Ernst Steindorff (1958) entwickelte These an, es gebe eine Klasse von „internationalen Sachverhalten“, die einer „Nationalisierung“ durch die Anwendung eines bestimmten Rechts unzugänglich seien, in denen deshalb internationale Sachnormen an die Stelle der Verweisungsnormen des IPR treten müssten. Jenes Ersetzungsgebot begründen wir mit der Interdependenz von Problemlagen, der Erosion nationalstaatlicher Regelungspotenziale und den sich daraus ergebenden Kooperationsnotwendigkeiten und -pflichten. In den von uns untersuchten Feldern der Sozialregulierung hat dies zum Aufbau komplexer transnationaler Rechtsregime geführt. Das bekannteste Beispiel ist die europäische Komitologie (Joerges & Falke 2000). Aber der unabwiesbare Bedarf nach transnationaler sozialregulativer Politik hat ganz allgemein die Kooperation von Fachbürokratien, den Aufbau von Agenturen und die Übertragung von Entscheidungsaufgaben (oder deren Vorbereitung) auf *epistemic communities* gefördert. Auch hier geht es uns um die Bewahrung demokratisch-

rechtsstaatlicher Leitvorstellungen, also um eine Verteidigung der Idee *rechtlich* vermittelter Legitimität und legitimen Regierens auch gegenüber der Konzeptualisierung Europas als „regulatory state“ und „technokratische“ Legitimationsvorstellungen. Im Kollisionsrecht der zweiten Dimension geht es demgemäß um die Ausgestaltung dieser Entscheidungsverfahren, die Organisation der Entscheidungsträger und die Anerkennung und Abgrenzung von Exit-Optionen für die beteiligten Jurisdiktionen, also um eine „Konstitutionalisierung“ transnationaler Kooperationsformen. Dabei können wir an eigene Vorarbeiten (Joerges & Falke 2000), aber auch an aktuelle Analysen zur Konstitutionalisierung administrativen Handelns (z.B. Fisher 2007) und zur Exekutivgewalt in der EU (insbesondere Curtin 2009) sowie an die oben schon genannten Projekte zum internationalen Verwaltungsrecht bzw. zum Global Administrative Law anknüpfen.

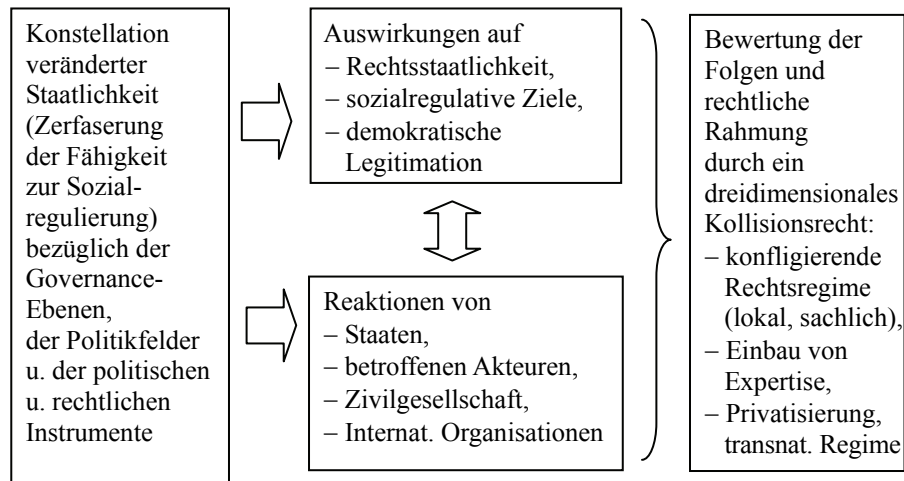
Die *dritte Dimension des Kollisionsrechts* reagiert auf die „Privatisierung“ regulativer Aufgaben und die Entwicklung neuer Governance-Arrangements, die sich auf allen Ebenen des Regierens beobachten lassen. Eine trennscharfe Abgrenzung zu den vor allem administrativ verankerten Regelungsformen, mit denen das Kollisionsrecht der zweiten Dimension befasst ist, erscheint weder möglich noch nötig. Gerade auf internationaler Ebene kann es ohnehin nicht etwa darum gehen, diese letztlich alternativlosen Entwicklungen zu diskreditieren oder zu blockieren. Der kollisionsrechtliche Ansatz soll aber seine normativen Ansprüche nicht aufgeben und wendet sich gegen Vorstellungen einer sich selbst tragenden Regelungsmacht, die zwischen der Faktizität transnationaler Regelungsbestände und der Anerkennungswürdigkeit transnationalen Regierens nicht mehr unterscheidet. In Bezug auf die kollisionsrechtliche Zuordnung kann er an das internationale Zivilprozessrecht und die Anerkennung von Urteilen und Schiedssprüchen anknüpfen. Er muss aber vor allem Techniken und Kriterien für den Umgang mit nicht-staatlichen Institutionen und/oder pararegalen Regimen entwickeln. Für derartige Supervisionen und indirekt wirkenden Kontrollen gibt es Vorbilder im Europäischen Recht (exemplarisch Falke & Joerges 1995; Joerges, Schepel & Vos 1999). Für den internationalen Bereich sei lediglich auf das Beispiel der internationalen Normung verwiesen (Schepel 2005). In allen Untersuchungsfeldern der dritten Phase werden hier Schwerpunkte zu setzen sein.

Das vorgestellte rechtstheoretische, rechtsdogmatische und rechtspolitische Anliegen ist anspruchsvoll. Innerhalb der EU sind zwar vielfache Möglichkeiten zu einer Koordination fragmentierter Regelungsbestände entwickelt worden, sie bedürfen aber einer systematisierenden Durchdringung. Auf der internationalen Ebene ist die geschilderte Koordinierungsaufgabe vordringlich, weil keine politische Autorität existiert, die zu übergreifenden Konfliktschlichtungen in der Lage und zu Entscheidungen legitimiert wäre. Dementsprechend intensiv wird in Rechts- und Politikwissenschaft die Frage diskutiert, ob die Idee *rechtlich* vermittelter Legitimität

und legitimen Regierens in postnationalen Konstellationen überhaupt noch aufrecht erhalten werden kann (einerseits Habermas 1998, Krajewski **2010f** [90], andererseits Ladeur 2004). Unsere eigene Ausgangsposition haben wir vorstehend deutlich gemacht.

Das Forschungsprogramm des Teilprojekts A1 lässt sich in Anlehnung an das allgemeine Forschungsprogramm des Sfb in der dritten Phase wie folgt veranschaulichen:

### Forschungsprogramm A1



### Vier exemplarische Untersuchungsfelder

Das soeben in allgemeiner Form skizzierte Forschungsprogramm für die dritte Phase soll – wie auch in den ersten beiden Phasen – vor allem anhand der Entwicklungen in verschiedenen Politikfeldern bearbeitet werden. Wir wollen dabei mit den Bereichen Risikoregulierung (Lebensmittelsicherheit), Umweltschutz, Arbeitsstandards und Regulierung von Dienstleistungen wiederum die Felder aufgreifen, die im Mittelpunkt des Spannungsverhältnisses von Handelsliberalisierung und Sozialregulierung stehen. Die vier Felder entsprechen auch der historischen Entwicklung von Sozialregulierung, die im Bereich der Risikoregulierung begann und über Umweltschutz und Arbeitsstandards schließlich zu Regulierungskonzepten für Dienstleistungen führte.

#### a) Risikoregulierung/Lebensmittelsicherheit

Die oben skizzierte Konstellation veränderter Staatlichkeit lässt sich am Beispiel der Regulierung gentechnologisch veränderter Produkte oder anderer Risikoregulie-

rungen im Lebensmittelbereich besonders eindrücklich zeigen. Dazu zählen die un-  
gemein dichte Verregelung der Zulassung von gentechnisch modifizierten Organismen (GMO) insbesondere in der EU (Herwig 2010 [81]; Christoforou 2007; Wiemer 2008, 2010), die zentralen Diskussionen um den Risikobegriff und den paradoxen Terminus der „unsicheren“ Risiken (Vos & Everson 2009; vgl. zur Risiko-  
regulierung auch Fisher 2007 und Corkin 2008), die Rechtsqualität des Vorsorge-  
prinzips (Weimer 2010; Scott & Vos 2002) und das Verhältnis kognitiver Dimen-  
sionen der Risikobeurteilung zu ethisch-moralischen Aspekten und zum politischen  
Risk Management. Für das Forschungsprogramm der dritten Phase sollen vor allem  
die Reaktionen der Mitgliedstaaten der EU und der WTO auf Entscheidungen der  
Europäischen Kommission bzw. des Appellate Body und die Strategien von Nicht-  
regierungsorganisationen (NGOs) untersucht werden, welche komplexere Abwä-  
gungen unter Einbezug agrarpolitischer, umweltpolitischer und auch ethischer Ge-  
sichtspunkte im öffentlichen Diskurs verlangen. Ebenso sind die Auseinandersetzungen um die distributiven Folgen der neuen Technologie und der Versuch der  
EU, die Auseinandersetzungen mit Hilfe des Vorsorgeprinzips in eine rechtlich  
operationalisierte Form zu bringen, zu untersuchen. Die Auswirkungen der Ent-  
wicklungen auf die Gewährleistung der normativen Güter Rechtsstaatlichkeit, die  
Legitimität des Regierens und die Wohlfahrtsstaatlichkeit lassen sich anhand des  
GMO-Streits in der WTO und der Neuauflage des Hormon-Streits analysieren.

Es ist zu vermuten, dass wir uns in beiden Fällen weiter auf Konflikte zwischen  
Staaten, zwischen EU und WTO und zwischen weiteren Akteuren einzustellen ha-  
ben. Deshalb eignen sich diese Problemfelder für eine exemplarische Anwendung  
des kollisionsrechtlichen Ansatzes in all seinen Dimensionen. Nach diesem Ansatz  
ist es z.B. Aufgabe der Streitschlichtung auf WTO-Ebene, eine Regelung zu finden,  
die einerseits das Liberalisierungsmandat der WTO wahrnimmt, andererseits aber  
die den Mitgliedern der WTO verbleibende Autonomie respektiert. In eben diesem  
Sinne lassen sich insbesondere die Berichte des Appellate Body in beiden Hor-  
mon-Verfahren interpretieren (vgl. schon Joerges & Godt 2006). Diese Form „auto-  
nomieschonenden“ (Scharpf 1993) Entscheidens ist gerade bei einem Spruchkörper  
wie dem Appellate Body angezeigt, der als „court in all but the name“ charak-  
terisiert worden ist (Weiler 2001), sich aber eben nicht auf sozialregulative Kompe-  
tenzen stützen kann. Die Codex Alimentarius Commission (CAC) ist das wichtigste  
Forum zur Erarbeitung von Standards mit (begrenztem) transnationalen Geltungs-  
anspruch. Sie bietet reiches Anschauungsmaterial für eine Analyse in den Perspek-  
tiven des Kollisionsrechts der zweiten und der dritten Dimension. Zum einen han-  
delt es sich um ein Zusammenwirken staatlicher Administratoren; die Erarbeitung  
von Standards geschieht unter maßgeblicher Beteiligung von *epistemic communi-  
ties*. Es handelt sich deshalb um ein „hybrides“ Regime par excellence (Herwig  
2006; Hüller & Maier 2006; Masson-Matthee 2007). Diese Besonderheiten und ihre

prekäre Legitimität werden bei der Rezeption der CAC-Standards im WTO-Recht zu berücksichtigen sein.

*b) Umweltschutz*

Umweltschutz ist in großem Umfang von der nationalen auf die supranationale Ebene der EG verlagert worden. Dagegen hat die WTO keinerlei eigene Ansätze im Bereich des Umweltschutzes entwickelt, und das internationale Umweltrecht ist in zahlreiche fachspezifische Regime zersplittert. In der dritten Phase sollen die Folgen dieser Konstellation veränderter Staatlichkeit auf die Festlegung von Umweltstandards für Anlagen und Produkte untersucht werden. Konkrete Untersuchungsfelder sind der „Sevilla-Prozess“ als Reaktion auf Blockaden im Prozess der Formulierung gemeinschaftsweit gültiger Emissionsnormen für Anlagen und das Konzept der „Integrierten Produktpolitik“ in den Bereichen Ökodesign, Abfallreduzierung und Energieeinsparung.

Trotz der auf Partizipation angelegten Verfahren in diesen Bereichen ist es eine offene Frage, wie die beteiligten und betroffenen Akteure hierauf reagieren. Eine Arbeitshypothese ist, dass die in den Industrieverbänden zusammengeschlossenen Anlagenbetreiber Informationsasymmetrien zu ihren Gunsten ausnutzen können. Zu klären ist, ob der Sevilla-Prozess offen genug gehalten ist, um rasch auf technologische Fortschritte und neue Erkenntnisse über Umweltbelastungen zu reagieren. Mit vergleichbaren Fragestellungen soll die Integrierte Produktpolitik untersucht werden. Mit Blick auf die Auswirkungen wird zu prüfen sein, wie effektiv der Sevilla-Prozess ist. Inwiefern ist das Verfahren geeignet, das sozialregulative Ziel eines hohen Umweltschutzes (integrative Berücksichtigung aller Umweltaspekte einschließlich Ressourcenverwendung, beschleunigte Verbreitung der besten verfügbaren Techniken, Durchführung eines effektiven Informationsaustausches) zu erreichen? Zugleich stellt sich die Frage nach der Legitimität eines solchen Verfahrens, das von der demokratischen Kontrolle durch die Mitgliedstaaten relativ abgekoppelt ist. Kann dies durch die detaillierten Regelungen über den Zugang zu Informationen und die Beteiligung der Öffentlichkeit an Genehmigungsverfahren ausgeglichen werden?

Im europäischen und internationalen Umweltrecht spielt die erste kollisionsrechtliche Dimension eine Rolle in den Bereichen, in denen bei Fehlen einer harmonisierten Regelung bei grenzüberschreitenden Transaktionen unterschiedliche Schutzniveaus geltend gemacht werden. Kollisionsrechtliches Denken erster Ordnung kommt aber auch zum Zuge, wenn es um die Berücksichtigung von Umweltaspekten in anderen rechtlichen Teildisziplinen geht (Voigt 2009; Vranes 2009). Für das gemeinschaftliche Umweltrecht sind die Kooperation von Fachbürokratien, der Aufbau von Agenturen und die Übertragung von Entscheidungsaufgaben oder deren Vorbereitung auf *epistemic communities* kennzeichnend. Auch auf internationaler Ebene spielen *epistemic communities* bei der Vorbereitung und zu-

sammen mit den abkommensspezifischen Sekretariaten für die Durchführung und Weiterentwicklung von Umweltübereinkommen eine zunehmend bedeutende Rolle. Der Sevilla-Prozess lässt sich sowohl der zweiten als auch der dritten Dimension des Kollisionsrechts zuordnen, nehmen hier doch private Akteure wesentliche Aufgaben der Entwicklung von Standards für die Genehmigung von Industrieanlagen wahr. Das gilt entsprechend für die Entwicklung umweltfreundlicher Produktstandards auf der Grundlage von Lebenszyklusanalysen für die integrierte Produktpolitik. Auch die Mobilisierung privater Akteure durch Umweltmanagementsysteme sowie durch Zuerkennung von Informations-, Partizipations- und Klagerechten lässt sich im Sinne des Kollisionsrechts dritter Ordnung deuten.

*c) Arbeitsstandards*

Das Teilprojekt hat in der zweiten Phase die Emergenz von Sozialschutzstandards untersucht, weil sie im Spannungsverhältnis von Freihandel und Regulierung an Bedeutung gewinnen. Dieser Bedeutungszuwachs kontrastiert deutlich mit der aktuellen Rechtsprechung des EuGH, die den Marktfreiheiten, insbesondere der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit gegenüber staatlichem kollektivem Arbeitsrecht Geltung verschafft. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass die Rechtsprechung zu einem umfassenden *Dis-embedding* von Märkten führt, sondern eine – auf Imperative der Öffnung der Volkswirtschaften reagierende – Umstrukturierung des Sozialschutzes zur Folge haben wird.

Auf EG-rechtlicher Ebene ist zu untersuchen, ob die Mitgliedstaaten, Sozialpartner und zivilgesellschaftliche Organisationen trotz des durch die Erweiterung der EU und den globalen Wirtschaftsaustausch verschärften Wettbewerbs weiter auf die eingeführten Koordinierungsmechanismen (Sozialer Dialog, informelle Koordinierung der Beschäftigungspolitik, einschlägige Netzwerke und Agenturen) setzen. Begleitend ist zu prüfen, welche Folgen der Einsatz informeller Koordinierungsmechanismen für die Zuweisung klarer rechtlicher Verantwortlichkeiten sowie für die Autonomie der Kollektivparteien und der Mitgliedstaaten hat. Von Interesse ist schließlich, welche kollisionsrechtlichen Instrumente zum Abgleich zwischen Handelsinteressen und Arbeitsstandards sowie zur Wahrung von Autonomieansprüchen eingesetzt werden können. Auf globaler Ebene sind Initiativen zu verantwortlicher Unternehmensführung (Corporate Social Responsibility, UN Global Compact u.ä.) darauf zu überprüfen, ob sie tatsächlich zu einer effektiven Durchsetzung grundlegender Arbeitsstandards beitragen können. Dazu ist auf die kritische Berichterstattung durch NGOs und auf einzelne wissenschaftliche Untersuchungen zurückzugreifen.

Trotz des Fehlens einer klaren Rückbindung welthandelsrechtlicher Regelungen an grundlegende Arbeits- und Sozialstandards sind kollisionsrechtliche Instrumente zur Verteidigung zwingender Standards und zur Anerkennung und Förderung paralegaler Entwicklungen möglich. Die WTO-Abkommen bieten Spielräume

zur Respektierung grundlegender Arbeits- und Sozialstandards, auch wenn dies zu Handelsbeschränkungen führt: allgemeine Ausnahmeklauseln, Gewährung sozial konditionierter Zollpräferenzen, soziale Auswahlkriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, freiwillige Kennzeichnungssysteme. Zu klären ist, ob dadurch die starke Fragmentierung des internationalen Handels-, Arbeits- und Sozialrechts überwunden werden kann. Neben dieser ersten kollisionsrechtlichen Dimension auf internationaler und europäischer Ebene (Eichenhofer 2006) gibt es im Gemeinschaftsrecht Ansätze zur Kooperation von Fachbürokratien im Bereich des Arbeitsschutzes, ergänzt um Aktivitäten der Europäischen Arbeitsschutzagentur. Die zahlreichen Initiativen zu freiwilligen Verhaltensstandards können der dritten kollisionsrechtlichen Dimension zugeordnet werden.

#### *d) Dienstleistungen*

Die Auswirkungen der neuen Konstellation auf die normativen Güter und die Reaktionen staatlicher bzw. nicht-staatlicher Akteure und Institutionen lassen sich im Dienstleistungssektor besonders gut anhand der bereits in der zweiten Phase analysierten Bereiche Telekommunikation und Gesundheitsdienstleistungen untersuchen. Im Telekommunikationsbereich finden wir die genannten neuen *governance arrangements* in ihrer gesamten Bandbreite vor, da es sich um einen Bereich handelt, der bereits früh europäischen und WTO-rechtlichen Liberalisierungsverpflichtungen unterworfen wurde. Der Gesundheitssektor ist dagegen bislang noch kaum von diesen Entwicklungen erfasst, scheint sich aber in eine ähnliche Richtung zu entwickeln. Zur Untersuchung der Reaktionen wollen wir zum einen das Verhalten der Staaten auf weitere Liberalisierungsschritte in den genannten Sektoren, insbesondere Opt-out-Strategien näher analysieren und zum anderen die Forderungen zivilgesellschaftlicher Akteure in den Blick nehmen, die die Liberalisierung von Dienstleistungen in den letzten Jahren kritisch begleitet haben. Daneben interessieren uns die Reaktionen der International Telecommunications Union (ITU) oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf die Liberalisierung im Rahmen des GATS. Für die Bewertung der Auswirkungen der neuen Arrangements auf sozialregulative Ziele ist zu untersuchen, wie sie sich auf die Ziele der Sozialregulierung von Dienstleistungen (Qualität, Versorgungssicherheit, Preis/Leistungsverhältnis, universelle Versorgung) und die Sicherung der Finanzierung dieser Ziele auswirken. Auf europäischer Ebene sind hier teilweise Niveausteigerungen zu beobachten (Telekommunikationsliberalisierung); die Liberalisierung im Rahmen des GATS kann die Gewährleistung dieser Ziele dagegen erschweren.

Die drei kollisionsrechtlichen Dimensionen können auch im Dienstleistungshandel fruchtbar gemacht werden. So lassen sich der WTO-Streitfall US – Gambling and Betting (WT/DS285/AB/R) oder das Santa Casa-Urteil des EuGH (Rs. C-42/07) im Sinne der ersten kollisionsrechtlichen Dimension interpretieren, da beide Instanzen den Staaten zubilligten, ihre jeweiligen Rechts- und Moralvorstellungen



bei der Glücksspielregulierung zu verwirklichen, solange die Maßnahme verhältnismäßig ist. Ähnliches gilt für die Ansätze der Regulierung der Patientenmobilität in der EG. Danach sollen die Staaten der Leistungserbringung die Begrenzungen des Leistungsumfangs der Versicherungsstaaten akzeptieren. Die Leistungserbringung darf jedoch nicht auf den Versicherungsstaat beschränkt sein. Aspekte der zweiten Dimension des Kollisionsrechts ließen sich anhand der bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie geschaffenen neuen Verwaltungskooperationsformen zwischen den Mitgliedstaaten untersuchen, während bezüglich der dritten Dimension vor allem die verschiedenen nicht-gouvernementalen Standardisierungsansätze, wie z.B. die der Joint Commission International (JCI), die Gesundheitsdienstleister akkreditiert und so die globale Vermarktung dieser Dienstleistungen ermöglicht, auf ihre Legitimität und Problemlösungsfähigkeit zu untersuchen sind.

### **3.4.2 Methodische Vorgehensweise**

Bei der Untersuchung der Reaktionen der betroffenen und interessierten Akteure in den vier exemplarischen Untersuchungsfeldern stützen wir uns neben der Analyse von Dokumenten (Strategiepapiere, Arbeitsprogramme, Protokolle und Arbeitspapiere einschlägiger Ausschüsse, internationaler Organisationen, Agenturen und administrativer Netzwerke, Positionspapiere von NGOs, Dokumente zu Streitbeilegungsverfahren, Stellungnahmen in Konsultationsverfahren) auf Leitfaden-gestützte und qualitativ auszuwertende Experteninterviews.

Der interdisziplinäre Ansatz des Teilprojektes ist am besten mit dem Terminus „Law in Context“ zu umschreiben. Dies kennzeichnet ein Verständnis der Rechtswissenschaft, die sich ohne Vernachlässigung ihrer normativen und rechtsstrukturellen Aspekte für die Berücksichtigung sozialer, kultureller, wirtschaftlicher, politischer und naturwissenschaftlicher Hintergründe und Randbedingungen des Rechts offen hält. Diese Offenheit wird auch bei der Wahl der geeigneten Rechtsinstrumente und der Berücksichtigung der durch Recht ausgelösten Folgen angewendet. Wir greifen diesen Kontextbezug und das Interesse an den Wirkungen des Rechts auf und verknüpfen es mit dem Interesse an extralegalen, theoretischen Grundlagen rechtlicher Konzepte. In den Fallstudien gehen wir den Instrumentalisierungen des Rechts und seinen Funktionen für den Schutz grundlegender normativer Güter nach. Besonders relevant sind interdisziplinäre Bezüge zu Forschungen zu Internationalen Beziehungen und europäischer Integration, zur Wirtschaftssoziologie und zur soziologischen Risikoforschung.

Der interdisziplinäre Ansatz wird maßgeblich unterstützt durch die Beteiligung von Christian Joerges an dem von der Europäischen Kommission im Rahmen des Sechsten Forschungsrahmenprogrammes geförderten Projekt RECON (Reconstituting Democracy in Europe); es wird von ARENA in Oslo organisiert und ist überwiegend sozialwissenschaftlich ausgerichtet. In Kooperation mit Johan E. Fossum

leitet Christian Joerges das Arbeitspaket „Global Transnationalisation and Democratisation Compared“.<sup>5</sup>

Die Arbeiten an dem dreidimensionalen Kollisionsrecht sollen neue Perspektiven für die kontextuellen Bezüge zwischen Teilrechtsmaterien, rechtlichen Regelungen unterschiedlicher Governance-Ebenen und Regelungszugriffen von Fachbürokratie, *epistemic communities* und hybriden Regimen eröffnen. Insofern geht es um ein neues Verständnis von Teilmaterien des mit vielfachen Fragmentierungen wahrgenommenen Völkerrechts und um einen neuen Blick auf das Europarecht ohne Überreizung seiner Suprematieansprüche.

### 3.4.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

#### Arbeitsschritte

Arbeitsschritte	2011		2012		2013		2014	
Exemplarisches Untersuchungsfeld gentechnisch veränderte Pflanzen und Lebensmittel								
Exemplarisches Untersuchungsfeld anlagen- und produktbezogener Umweltschutz								
Exemplarisches Untersuchungsfeld Arbeitsstandards								
Exemplarisches Untersuchungsfeld Telekommunikations- und Gesundheitsdienstleistungen								
Vergleichende Analysen zur Erfüllung sozialregulativer Ziele								
Vergleichende Analysen zur demokratischen Legitimation								
Vergleichende Analysen zu rechtsstaatlichen Grundanforderungen								
Entwicklung und Entfaltung eines dreidimensionalen Kollisionsrechts								

Die obenstehende Abbildung gibt einen Überblick über die einzelnen Arbeitsblöcke und die veranschlagten Bearbeitungszeiten. Die in den vier exemplarischen Untersuchungsfeldern erstellten Analysen sollen das Material für drei Vergleichsstudien

<sup>5</sup> Zu den Ergebnissen dieser Kooperation gehören der von Joerges und Petersmann im Jahr 2006 herausgegebene Band „*Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*“, der im Jahr 2010 in erweiterter zweiter Auflage unter dem Titel „*Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and the Future of International Economic Law*“ erscheinen wird. Ergebnisse der Zusammenarbeit mit RECON sind auch Joerges & Kjaer 2008 [40] sowie Joerges & Falke 2010 [82]. Eine weitere gemeinsame Tagung zum Thema „After Globalisation: New Patterns of Conflict“ ist für den September 2010 in der Planung.

zu den normativen Gütern soziale Wohlfahrt, demokratische Legitimation sowie rechtsstaatliche Grundanforderungen erbringen. Alle Teiluntersuchungen werden in der skizzierten kollisionsrechtlichen Perspektive durchgeführt. Die zentrale Publikation soll das dreidimensionale Kollisionsrecht als Perspektive für den Umgang mit dem vielfach fragmentierten Völkerrecht und für eine neue Sichtweise auf das Recht einer heterogener gewordenen, aber trotzdem supranational verfassten EU begründen. Sie ist ebenso wie die in einem zweiten Band zu bündelnden Analysen zum Schutz der normativen Güter an die exemplarischen Untersuchungsfelder rückgebunden.

### 3.5 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs

#### Verortung des Teilprojekts A1 im Sonderforschungsbereich

<b>Beschreibung (1. Förderphase)</b>	
<i>Dimensionen von Staatlichkeit</i>	Ressourcendimension
	Legitimationsdimension
	Interventionsdimension
	Rechtsdimension
<i>Achse des Wandels</i>	Internationalisierung
	Privatisierung
	Transnationalisierung
<i>Korridorentwicklung</i>	Konvergenz
	Divergenz
<b>Erklärung (2. Förderphase)</b>	
<i>Antriebskräfte</i>	Wirtschaftliche Globalisierung
	Technische und industrielle Entwicklungen
	Demographischer und sozialer Wandel
<i>Weichensteller</i>	Funktional
	Institutionell
	Ideell
	Materiell

Folgenanalyse und -bewertung (3. Förderphase)	
<i>Outcome</i>	Niveau Verteilung Struktur
<i>Reaktionen/Akteurstyp</i>	Internationale Akteure Nationalstaaten/Regierungen Parteien Verbände/NGOs Unternehmen Bürger
<i>Bewertungsbasis</i> (bezogen auf normatives Gut)	Rechtsstaatlichkeit Demokratische Legitimität Wohlfahrt Sicherheit

*Anm.:* Die zutreffenden Merkmale sind jeweils grau hinterlegt.

Das Teilprojekt A1 behandelt innerhalb der auf die Rechtsdimension ausgerichteten A-Säule das Spannungsfeld zwischen der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes bzw. der Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO und sozialregulativen Politiken in den Bereichen Produktsicherheit, Umweltschutz, Arbeitsschutz und Liberalisierung von Dienstleistungen. In der dritten Phase untersucht es die Reaktionen betroffener und interessierter Akteure auf die analysierte Konstellation veränderter Staatlichkeit in vier exemplarischen Fallstudien, nämlich gentechnologisch veränderte Pflanzen und Lebensmittel, anlagen- und produktbezogener Umweltschutz, Arbeitsstandards, Telekommunikations- und Gesundheitsdienstleistungen, sowie die Auswirkungen auf die normativen Güter Rechtsstaatlichkeit, demokratische Legitimation und soziale Wohlfahrt. Ihre Bewertung soll im Rahmen eines dreidimensionalen Kollisionsrechts geschehen.

### Stellung in der eigenen Säule

In den Forschungsvorhaben von A1 gibt es Berührungspunkte hinsichtlich der Berücksichtigung von paralegalen Regimen, Verwaltungsnetzwerken und *epistemic communities* mit dem Teilprojekt A3, das sich jedoch auf die Untersuchung informellen Rechts konzentriert und dieses mit verfassungsrechtlichen Maßstäben bewerten will. Dagegen bezieht das Teilprojekt A1 auch formelles Recht ein und entwickelt als normative Rahmung eine kollisionsrechtliche Perspektive. A3 geht es mehr um die Entwicklungslogik der genannten *governance patterns*, A1 um deren Stellenwert in Ergänzung zu den anderen Förderern bzw. Bremsern von Sozialregulierung.

Das Teilprojekt A2 untersucht die justizielle Bearbeitung von Konflikten zwischen internationalem Wirtschaftsrecht und Menschenrechten, A1 untersucht Streitbeilegungsverfahren dagegen in erster Linie im Hinblick auf die darin ausgetragenen Kontroversen zu sozialregulativen Politiken. Für A1 der Vergleich der Governance-Ebenen im Mehrebenensystem kennzeichnend, während A2 sich auf die internationale Ebene beschränkt. Gemeinsam ist beiden Teilprojekten eine kollisionsrechtliche Orientierung, deren theoretische Prämissen sich zwar unterscheiden, die allerdings gerade deshalb zu produktiven Diskussionen führen dürften.

Mit dem Teilprojekt A4 verbindet uns der Untersuchungsgegenstand (internationaler Handel) und dessen normative Rahmung. Während A4 die Verfassung des internationalen Handels auf Organisation und Sicherung von Austauschbeziehungen durch die Marktakteure konzentriert, behandelt A1 die Spannungen zwischen Handelsfreiheit und sozialregulativen Belangen unter Einbeziehung der Beiträge von Staaten, internationalen Organisationen und Marktakteuren und zielt insofern auf eine weiter verstandene „Verfassung“ des internationalen Handels ab.

Gemeinsam konzeptualisieren A1 und A6 das Verhältnis von Autonomie und Gemeinschaftsverträglichkeit, wobei A1 die Bewältigung von Konflikten kollidierender Rechtsregime durch transnationales Regieren untersucht und dafür einen rechtswissenschaftlichen Bewertungsrahmen erarbeitet, während A6 eher politische Handlungsspielräume von Staaten ermitteln will, Recht also nicht normativ erörtert, sondern als Handlungsschranke versteht. Während A6 das Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und mitgliedstaatlichem Recht mit den Beziehungen zwischen dem Bundesrecht der USA zu dem Recht der Einzelstaaten vergleicht, kontrastiert A1 die Governance-Ebenen national, supranational – EG und international – WTO, und zwar unter Beachtung der Verknüpfungen in Mehrebenensystemen.

Die Kooperation mit den anderen Teilprojekten in der A-Säule hat zu etlichen Beiträgen in Sammelpublikationen (Nanz, Helmedach & Zangl, Steffek & Kissling, in Joerges & Petersmann 2006; Herberg, Dilling und Renner in Joerges & Falke 2010 [82]) und zu einem gemeinsamen Seminar von Calliess & Joerges über Märkte als soziale Institutionen geführt.

### **Stellung zu anderen Säulen und Teilprojekten**

Bei den Analysen zu den Folgen der veränderten Konstellation von Staatlichkeit auf die demokratische Dimension soll eine enge Kooperation mit dem Teilprojekt B5 gesucht werden; ein Mitarbeiter von A1 in der zweiten Finanzierungsphase übernimmt ab 2011 die Co-Leitung des Teilprojektes B5. Gemeinsame Forschungsinteressen gibt es bezüglich des Zugangs von Akteuren zivilgesellschaftlicher Organisationen zu expertokratischen Verbundverwaltungen, zur Einspeisung ihrer spezifischen Expertise – etwa über öffentliche Konsultationen, aber auch zur externen Kontrolle von administrativen Netzwerken. Die kollisionsrechtliche Grundfrage

nach der Anerkennungswürdigkeit einer Regelung durch die von ihr Betroffenen weist eine enge Verwandtschaft zu den partizipatorischen Ansätzen dieses Teilprojektes auf. Die Untersuchungen zur Liberalisierung von Gesundheitsdienstleistungen sollen von einer Kooperation mit dem Teilprojekt C3 profitieren. Umgekehrt kann die Marktöffnung von Gesundheitsdiensten einen Teilbeitrag zur Ausgestaltung öffentlicher Gesundheitssysteme und ihrer gegenseitigen Öffnung darstellen. Die in der zweiten Phase begonnene Kooperation mit dem Teilprojekt C7 zur Erfassung der verfassungsrechtlichen Privatisierungshürden in 21 OECD-Ländern soll fortgesetzt werden.

### **3.6 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten**

Projekte der Antragsteller mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert.

## Literatur

- Abbott, Kenneth W. & Duncan Snidal (2009) Strengthening International Regulation through Transnational New Governance: Overcoming the Orchestration Deficit, in: *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 42:2, 501-578
- Bast, Jürgen (2009) Das Demokratiedefizit fragmentierter Internationalisierung, in: Hauke Brunkhorst, Hg. *Demokratie in der Weltgesellschaft*, Soziale Welt, Sonderband 19, 185-194
- Beckert, Jens (2007a) The Great Transformation of Embeddedness: Karl Polanyi and the New Economic Sociology, MPIfG Discussion Paper 07/1: Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung [[http://www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp07-1.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp07-1.pdf)]
- Beckert, Jens (2007b) Die soziale Ordnung von Märkten, MPIfG Discussion Paper 07/6: Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung [[http://www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp07-6.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp07-6.pdf)]
- Beckert, Jens (2005) The Moral Embeddedness of Markets, MPIfG Discussion Paper 05/6: Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung [[http://www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp05-6.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp05-6.pdf)]
- Benvenisti, Eyal & George W. Downs (2007) The Empire's New Clothes: Political Economy and the Fragmentation of International Law, *Stanford Law Review* 60:2, 595-631.
- Bogdandy, Armin von (2008) General Principles of International Public Authority: Sketching a Research Field, in: *German Law Journal* 9:11, 1909-1938
- Brunkhorst, Hauke, Hg. (2009) *Demokratie in der Weltgesellschaft*, Soziale Welt, Sonderband 178, Baden-Baden: Nomos
- Christoforou, Theofanis (2007) The Regulation of Genetically Modified Organisms in the European Union: The Interplay of Science, Law and Politics in: *Common Market Law Review* 41:3, 637-709
- Corkin, Joseph (2008) Science, Legitimacy and the Law: Regulating Risk Regulation Judiciously in the European Community, in: *European Law Review* 33: 3, 336-358
- Cottier, Thomas (2007) Book Review of Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford 2006: Hart Publishing, in: *Journal of International Economic Law* 10:2, 424-437
- Curtin, Deirdre (2009) *Executive Power of the European Union: Law, Practice and living Constitution*, Oxford: Oxford University Press
- Deitelhoff, Nicole & Jens Steffek, Hg. (2009) *Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter*, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Ebner, Alexander (2010) Transnational Markets and the Polanyi Problem, in: Christian Joerges & Josef Falke, Hg. *The Social Embeddedness of Transnational Markets*, Oxford/Portland: Hart Publishing
- Ebner, Alexander (2008) Introduction: The Institutions of the Market, in: Alexander Ebner & Nikolaus Steffek, Hg. *The Institutions of the Market: Organisations, Social Systems, and Governance*, Oxford/New York: Oxford University Press, 1-20
- Eichenhofer, Eberhard (2006) Sicherung völkerrechtlich konsentrierter sozialer Mindeststandards durch Kollisions- oder Einheitsrecht?, in: Stefan Leible und Mathias Ruffert, Hg. *Völkerrecht und IPR*, Jena: Jenaer Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 215-234
- Europäische Kommission (2001) *Regieren in Europa – Ein Weißbuch*, KOM(2001) 428 endg. v. 25.7.2001.
- Falke, Josef (2000) *Rechtliche Aspekte der Normung in den EG-Mitgliedstaaten und der EFTA, Band 3: Deutschland*, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Falke, Josef & Christian Joerges (1995) *Rechtliche Möglichkeiten und Probleme bei der Verfolgung und Sicherung nationaler und EG-weiter Umweltschutzziele im Rahmen der europäischen Normung*. Gutachten, erstellt im Auftrag des Technikfolgen-Abschätzungsbüros des Deutschen Bundestages, Typskript, ZERP Bremen

- Fischer, Robert (2009) *Die Europäische Union auf dem Weg zu einer vorsorgenden Risikopolitik? Ein policy-analytischer Vergleich der Regulierung von BSE und transgenen Lebensmitteln*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Fischer-Lescano, Andreas & Gunther Teubner (2008) Fragmentierung des Weltrechts: Vernetzung globaler Regimes statt etatistischer Rechtseinheit, in: Matthias Albert & Rudolf Stichweh, Hg. *Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Beobachtungen globaler politischer Strukturbildung*, Wiesbaden; VS Verlag für Sozialwissenschaften, 37-61
- Fischer-Lescano, Andreas & Gunther Teubner (2006) *Regime-Kollisionen. Zur Fragmentierung des globalen Rechts*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Fisher, Elizabeth (2007) *Risk Regulation and Administrative Constitutionalism*, Oxford/Portland: Hart Publishing
- Genschel, Philipp & Bernhard Zangl (2008) Transformations of the State. From Monopolist to Manager of Political Authority, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 76
- Godt, Christine (2006) Global Environmental Governance and the WTO: Emerging Rules through Evolving Practice – The CBD-Bonn Guidelines, in: Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford/Portland: Hart Publishing, 413-435
- Habermas, Jürgen (1998) Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Jürgen Habermas, *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 91-169.
- Habermas, Jürgen (1991) *Staatsbürgerschaft und nationale Identität*, Zürich: Erker
- Herborth, Benjamin & Peter Niesen, Hg. (2007) *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Herwig, Alexia (2006) The Precautionary Principle in Support of Practical Reason: an Argument Against Formalistic Interpretations of the Precautionary Principle, in: Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford/Portland: Hart Publishing, 301-325
- Howse, Robert & Kalypto Nicolaïdis (2008) Democracy without Sovereignty: The Global Vocation of Political Ethics, in: Tomer Broude & Yaval Shany, Hg. *The Shifting Allocation of Authority in International Law. Considering Sovereignty, Supremacy and Subsidiarity. Essays in honour of Professor Ruth Lapidoth*, Oxford and Portland, Oregon: Hart, 162-191
- Hirschman, Albert O. (1970) *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge MA [dt. 1974: Abwanderung und Zuspruch]
- Hüller, Thorsten & Matthias Leonhard Maier (2006) Fixing the Codex? Global-Safety Governance Under Review, in: Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford/Portland: Hart Publishing, 267-299
- Joerges, Christian (2006) Constitutionalism in Postnational Constellations: Contrasting Social Regulation in the EU and in the WTO, in: Joerges, Christian & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford/Portland, 491-527
- Joerges, Christian & Josef Falke, Hg. (2000) *Das Ausschußwesen der Europäischen Union. Praxis der Risikoregulierung im Binnenmarkt und ihre rechtliche Verfassung*, Baden-Baden: Nomos
- Joerges, Christian & Christine Godt (2006) Freier Handel mit riskanten Produkten? Die Erosion nationalstaatlichen und die Emergenz transnationalen Regierens, in: Stephan Leibfried & Michael Zürn, Hg. *Transformation des Staates*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 151-193
- Joerges, Christian & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. (2006) *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford/Portland: Hart Publishing (2. überarb. Aufl. für 2010 unter verändertem Titel im Druck: *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and the Future of International Economic Law*)



- Joerges, Christian, Harm Schepel & Ellen Vos (1999) ‚Delegation‘ and the European Polity: The Law’s Problems with the Role of Standardisation Organisations in European Legislation, EUI Working Paper in Law 9-1999, <http://www.iue.it/LAW/WP-Texts/law99-9.pdf>
- Kingsbury, Benedict (2009) The Concept of ‚Law‘ in Global Administrative Law, in: *European Journal of International Law* 20:1, 23-57
- Kingsbury, Benedict, Nico Krisch & Richard B. Stewart (2005) The Emergence of Global Administrative Law, in: *Law and Contemporary Problems* 68:3/4, 15-61
- Koskenniemi, Martti (2007) The Fate of Public International Law: Between Technique and Politics, in: *Modern Law Review* 70:1, 1-30
- Koskenniemi, Martti (2006) *Fragmentation of International Law. Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law*, United Nations, A/CN.4/L.68
- Koskenniemi, Martti & Päivi Leino (2002) Fragmentation of the International Law? Postmodern Anxieties, in: *Leiden Journal of International Law* 15:3, 553-579
- Kreide, Regina & Andreas Niederberger, Hg. (2008) *Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratie im Kontext globaler Politik*, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Krisch, Nico (2009) Global Administrative Law and the Constitutional Ambition, LSE Legal Studies Working Paper No. 10/2009
- Krisch, Nico (2006) The Pluralism of Global Administrative Law, in: *European Journal of International Law* 17:1, 247-278
- Kuo, Ming-Sung (2009) Between Fragmentation and Unity: The Uneasy Relationship between Global Administrative Law and Global Constitutionalism, in: *San Diego International Law Journal* 10:2, 439-467
- Ladeur, Karl-Heinz (2009) Was bedeutet die „Normativität“ des Rechts in der postmodernen Gesellschaft? Vorüberlegungen zur Beobachtung des Rechtssystems durch die Rechts- und Politikwissenschaft, Ms. Bremen
- Ladeur, Karl-Heinz (2004) Globalisation and the Conversion of Democracy to Polycentric Networks: Can Democracy survive the End of the Nation State?, in: Karl-Heinz Ladeur, Hg. *Public Governance in the Age of Globalization*, Aldershot: Ashgate, 89-120
- Lepsius, Oliver (2007) Standardsetzung und Legitimation, in: Christoph Möllers, Andreas Vosskuhle & Christian Walter, Hg. *Internationales Verwaltungsrecht. Eine Analyse anhand von Referenzgebieten*, Tübingen: Mohr & Siebeck, 345-374
- Luhmann (1993) *Das Recht der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Luhmann, Niklas (1991) *Soziologie des Risikos*, Berlin: de Gruyter
- Luhmann, Niklas (1972) *Rechtssoziologie*, 2 Bände, Reinbek: Rowohlt
- Majone, Giandomenico (1994) The Rise of the Regulatory State in Europe, in: *West European Politics* 17:3, 77-101
- Masson-Matthee, Mariëlle D. (2007) *The Codex Alimentarius Commission and its Standards*, The Hague: TMC Asser Press
- Mayntz, Renate (2007) The Architecture of Multi-level Governance of Economic Sectors, MPIfG Discussion Paper 07/13: Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung
- Möllers, Christoph, Andreas Vosskuhle & Christian Walter, Hg. (2007) *Internationales Verwaltungsrecht. Eine Analyse anhand von Referenzgebieten*, Tübingen: Mohr & Siebeck
- Nickel, Rainer, Hg. (2009) *Conflict of Laws and Laws of Conflict in Europe and Beyond*, ARENA Report No. 1/2009, RECON Report No. 7
- Pauwelyn, Joost (2003) *Conflict of Norms in Public International Law. How WTO Law Relates to other Rules of International Law*, Cambridge: Cambridge University Press
- Peters, Anne (2009) Dual Democracy, in: Jan Klabbers, Geir Ulfstein & Anne Peters, Hg. *The Consti-*

- tutionalization of International Law*, Oxford: Oxford University Press, 263-341
- Polanyi, Karl (2001) The Economy as Instituted Process, in: Mark Granovetter & Richard Swedberg, Hg. *The Sociology of Economic Life*, 2. Aufl., Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press, 31-50
- Polanyi, Karl (1944) *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of our Time*, New York: Rinehart [Nachdruck Boston MA: Beacon Press, 1957]
- Rödl, Florian (2010) Demokratische Verrechtlichung ohne Verstaatlichung: Kollisionsrecht statt Globalstaat, in: Oliver Eberl, Hg. *Transnationalisierung der Volkssouveränität, Festschrift für Ingeborg Maus*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag [im Erscheinen]
- Ruffert, Matthias (2007a) Von der Europäisierung des Verwaltungsrechts zum Europäischen Verwaltungsverbund, in: *Die Öffentliche Verwaltung* **60**:18, 76-770
- Ruffert, Matthias (2007b) Perspektiven des Internationalen Verwaltungsrechts, in: Christoph Möllers, Andreas Vosskuhle & Christian Walter, Hg. *Internationales Verwaltungsrecht. Eine Analyse anhand von Referenzgebieten*, Tübingen Mohr & Siebeck, 397-419
- Ruffert Matthias (2004) *Die Globalisierung als Herausforderung an das Öffentliche Recht*, Stuttgart: Richard Boorberg Verlag
- Scharpf, Fritz W. (2009) The Asymmetry of European Integration. Or why the EU cannot be a „Social Market Economy“, KFG Working Paper 6 Berlin: Freie Universität Berlin
- Scharpf Fritz W. (1993) Autonomieschonend und gemeinschaftsverträglich. Zur Logik einer europäischen Mehrebenen-Politik, in: Werner Weidenfeld, Hg. *Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages*, Gütersloh: Bertelsmann, 75-96
- Schepel, Harm (2005) *The Constitution of Private Governance. Product Standards in the Regulation of Integrating Markets*, Oxford/Portland: Hart Publishing
- Schmidt-Abmann, Eberhard (2006) Die Herausforderung des Verwaltungsrechts durch die Internationalisierung der Verwaltungsbeziehungen, in: *Der Staat* **45**:3, 315-338
- Schmidt-Abmann, Eberhard (2008) The Internationalization of Administrative Relations as a Challenge for Administrative Law Scholarship, in: *German Law Journal* **9**:11, 2061-2080
- Scott, Joanne & Ellen Vos (2002) The Juridification of Uncertainty: Observations on the Ambivalence of the Precautionary Principle within the EU and the WTO, in: Christian Joerges & Renaud Dehousse, Hg. *Good Governance in Europe's Integrated Market*, Oxford: Oxford University Press, 253-286
- Slaughter, Anne-Marie (2004) *A New World Order*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Slaughter, Anne-Marie (2003) Global Government Networks, Global Information Agencies, and Disaggregated Democracy, *Michigan Journal of International Law* **24**:4, 1041-1075
- Stehr, Nico (2007) *Die Moralisierung der Märkte: eine Gesellschaftstheorie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Steindorff, Ernst (1958) *Sachnormen im internationalen Privatrecht*, Frankfurt a.M.: Klostermann
- Voigt, Christina (2009) *Sustainable Development as a Principle of International Law. Resolving Conflicts between Climate Measures and WTO Law*, Leiden & Boston: Martinus Nijhoff Publishers
- Vos, Ellen & Michelle Everson, Hg. (2009) *Uncertain Risks Regulated*, Oxon/New York: Routledge-Cavendish
- Vranes, Erich (2009) *Trade and the Environment. Fundamental Issues in International Law, WTO Law, and Legal Theory*, Oxford: Oxford University Press
- Weiler, Joseph H.H. (2004) The Geology of International Law – Governance, Democracy and Legitimacy, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* **64**:3, 547-562
- Weiler, Joseph H.H (2001) The Rule of Lawyers and the Ethos of Diplomats. Reflections on the Internal and External Legitimacy of WTO Dispute Settlement, in: *Journal of World Trade* **35**:2, 191-207
- Weiler, Joseph H.H. (1991) The Transformation of Europe, in: *Yale Law Journal* **100**:8, 2403-2483
- Weimer, Maria (2010) Applying Precaution in Community Authorisation of Genetically Modified Products – Challenges and Suggestions for Reform, RECON WP 2010

Weimer, Maria (2008) Legitimacy through Precaution in European Regulation of GMOs? From the Standpoint of Governance as Analytical Perspective, in: Christian Joerges & Poul Kjaer, Hg. *Transnational Standards of Social Protection. Contrasting European and International Governance*, ARENA Report No. 5/08, RECON Report No. 4